



STADTENTWICKLUNGS **K**ONZEPT 2031 **B**ADEN

BAND A:

Einführung und Rahmenbedingungen

Baden, September 2011

im Auftrag der Stadtgemeinde Baden bei Wien

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

1. Stadtentwicklungskonzept Baden 2031	4
1.1. Aufgabe des integrierten Stadtentwicklungskonzepts	4
1.2. Organisationsstruktur.....	5
1.3. Arbeitsweise	6
1.4. Arbeitsteam.....	8
2. Gesamtstädtische Situation – Entwicklungstrends.....	10
2.1. Globale Trends	10
2.2. Nationale Trends	12
2.3. Regionale Trends und Thesen	17
3. Die Stadt Baden und ihre Rolle in der Region.....	18
3.1. Bevölkerungsentwicklung	18
3.2. Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2031	20
3.3. Wohnraumversorgung	21
3.4. PendlerInnen-Verflechtung	23
3.5. Badens Wirtschaft im regionalen Kontext.....	24
4. Soziodemografische Rahmenbedingungen	28
4.1. Bevölkerungsentwicklung	28
4.2. Sozialer Status.....	29
4.3. AusländerInnen-Anteil	29
4.4. Zuzüge und Fortzüge.....	29
4.5. Entwicklung des Wohnbaubestandes.....	35
5. Die Bedeutung sozialer Milieus.....	36
5.1. Von der Notwendigkeit zur Neu-Orientierung	36
5.2. Der Milieu-Ansatz von SINUS Sociovision.....	37
5.3. Der Milieuansatz innerhalb von Marketing-Strategien	38
5.4. Die Milieustruktur Österreichs.....	38
5.5. Die sozialen Milieus in Baden.....	39
5.6. Handlungsoptionen.....	39

1. Stadtentwicklungskonzept Baden 2031

Die Stadt Baden ist weit über die Landesgrenzen hinaus als bedeutender Kurort bekannt. Auf Grund der Nähe zu Wien, der landschaftlichen Schönheit, der Kur- und Kulturtradition sowie der touristischen Infrastruktur ist der Standort Baden seit langem eine Ausflugs-, Gesundheits- und Kulturtourismusdestination.

Als Bezirkshauptstadt ist Baden nicht nur eines der wichtigsten wirtschaftlichen und kulturellen Zentren dieser Region, sondern insbesondere auch eine Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität.

In den letzten Jahren haben sich viele Rahmenbedingungen grundsätzlich und entscheidend verändert. Neben den großen geopolitischen Veränderungen sind es gesellschaftliche, wirtschaftliche und demografische Trends, die enorme Herausforderungen für den Standort Baden und dessen künftige Wettbewerbsfähigkeit darstellen.

Aber auch Entwicklungen innerhalb Badens tragen wesentlich zum Erscheinungsbild der Stadt bei. Dies können bewusste politische Entscheidungen oder kommunale Planungen sein. Vielfach verändert sich die Stadt aber auch durch das Tun oder Unterlassen anderer Akteure wie etwa Wirtschaftstreibenden, Investoren, Vereinen oder dem Land. Und durch die Nutzung und Gestaltung von Gebäuden oder Plätzen durch BürgerInnen wird das Erscheinungsbild der Stadt ebenso beeinflusst wie durch Aktivitäten von Künstlerinnen und Künstlern.

Vielfältige Akteure tragen daher zur aktiven Gestaltung Badens bei. Aus diesem Grund haben sich die politischen Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Baden Ende 2008 entschlossen, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erstellen zu lassen, das die Vielfalt der Gestalter einbindet und auf einem umfassenden Prozess beruht.

Damit soll einerseits aus der Vergangenheit gelernt werden (Bilanz), andererseits auf Basis fundierter Analysen und fachlicher Expertisen unter Einbeziehung der von Akteuren und von Ideen aus der Bevölkerung eine klare Konzeption für die Entwicklungsschwerpunkte der nächsten 20 Jahre vorgelegt werden.

Seitens der Stadtgemeinde wurden nach dem Prinzip der „rollenden Planung“ in den letzten Jahren einzelne Themenfelder analytisch und / oder konzeptiv bearbeitet. Diese Grundlagen wurden bereitgestellt und bei der Bearbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes berücksichtigt.

Zielsetzung ist es, eine Grundlage für Baden zu schaffen, die auf breiter Akzeptanz fußt und in Bezug auf die ökonomische, soziale und ökologische Dimension eine langfristig ausgewogene Entwicklung sicher stellt und die Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht eingeschränkt werden.

1.1. Aufgabe des integrierten Stadtentwicklungskonzepts

Das Stadtentwicklungskonzept bildet den Orientierungsrahmen für Politik und Verwaltung, für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaftstreibende, Investoren und Standortsuchende. Im Unterschied zur Stadtplanung, die sich auf die baulich-räumliche Entwicklung bezieht, gilt für das Stadtentwicklungskonzept ein umfassender Ansatz. Es stellt die Grundlage für die Umsetzung einer gesamtheitlichen Steuerung der gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung der Stadt bzw. des Standortes Baden dar.

Unter Berücksichtigung der Zielvorgaben der Landesentwicklungsplanung (WIN Strategie NÖ) sind Strategien, Leitlinien und Maßnahmen zu den wesentlichen Themen für das gesamte Stadtgebiet erarbeitet worden. Damit liegt die Grundlage für planerische Einzelentscheidungen aus einer strategischen Gesamtsicht heraus vor.

Mit einem Zeithorizont bis 2031 bietet das Stadtentwicklungskonzept eine substantiierte Grundlage für die aktive Steuerung der Entwicklung der Stadt. Es ermöglicht aber auch auf aktuelle und künftige Herausforderungen frühzeitig und weitsichtig zuzugehen und zu handeln.

Die Schwerpunkte der Konzeption bilden die beiden großen Entwicklungsthemen der Stadt:

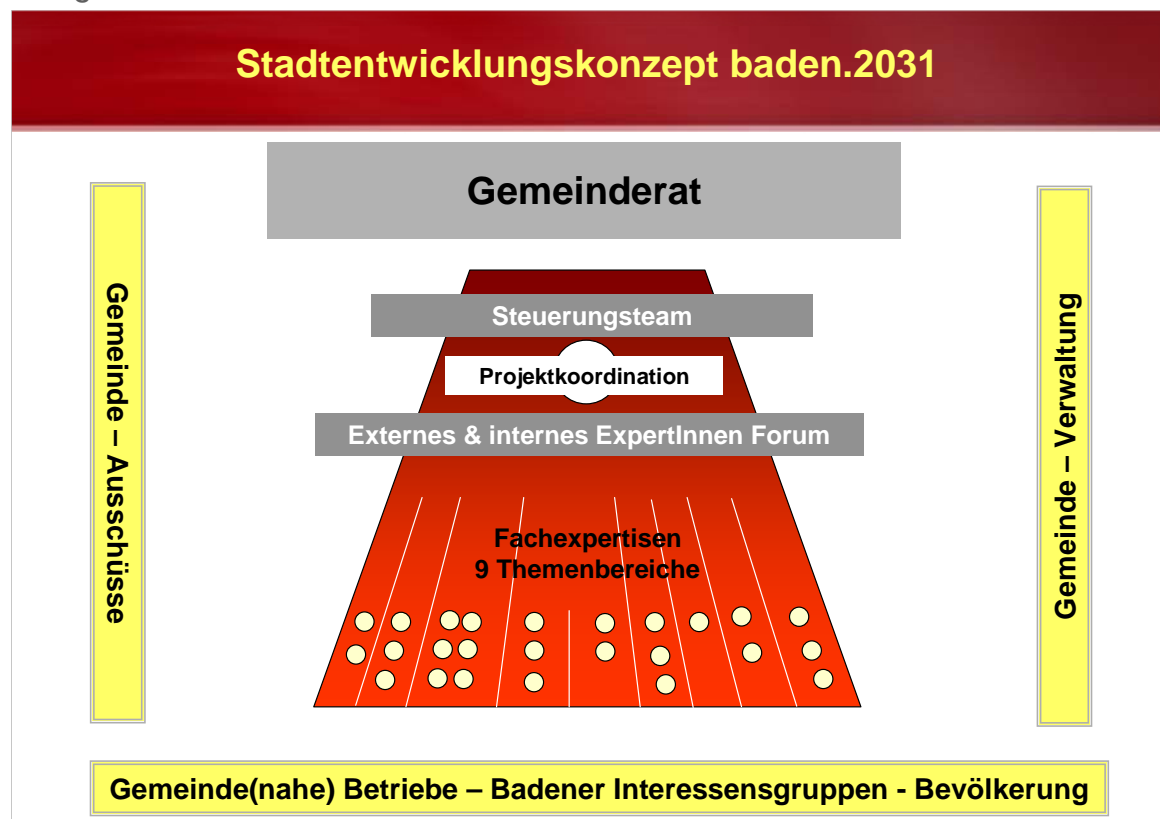
1. Wohnstandort Baden
2. Tourismus- und Wirtschaftsstandort Baden

In Anlehnung an die Sektorenthemen des NÖ Landesentwicklungskonzeptes und unter Berücksichtigung der Baden-spezifischen Situation wurde das Stadtentwicklungskonzept in folgende Themenfelder gegliedert:

1. Wohnstandort und Bevölkerungsentwicklung
2. Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt
3. Tourismuswirtschaft
4. Erreichbarkeit
5. Bildung
6. Kultur
7. Soziale Grundversorgung
8. Stadt- und Landschaftsbild
9. Klimaschutz und Energie

Die themenfeldorientierte Erarbeitung der Stadt Baden durch einzelne Fachkonzepte hatte zum Ziel, fachübergreifende Strategien und Handlungsansätze zu erkennen und herauszuarbeiten. Die Arbeit orientierte sich daher an der grundsätzlichen Zielsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes, eine strategische Grundlage zur Zukunftsfähigkeit als Tourismus- und Wirtschaftsstandort sowie die Lebensqualität als Wohnstandort zu schaffen. Diese Ausrichtung war wesentliche Grundlage bei der Zusammenführung der Fachkonzepte.

1.2. Organisationsstruktur



Um dem Anspruch der interdisziplinären Konzeption gerecht zu werden und ein hohes Maß an fachlicher Qualität zu sichern, wurde unter der Lenkung eines Steuerungsteams, das aus VertreterInnen der Stadtpolitik und der Stadtverwaltung bestand, mit den beauftragten Expertinnen und Experten sowie den Verwaltungsexperten gearbeitet. Unterstützt wurde der Prozess durch die Projektkoordination.

Aufgaben des Steuerungsteams waren

- Verantwortung für die Erstellung, Fortschreibung und Kontrolle qualitativer und quantitativer, kommunaler, langfristiger Entwicklungsziele und Ableitung zielrelevanter Maßnahmen und Projekte (unter Beiziehung der Verwaltungs- und externen ExpertInnen).
- Vorbereitung der sektoralen und räumlichen Fach- und Bereichsplanungen sowie die Durchführung / Beauftragung von Grundlagenuntersuchungen
- Mitwirkung an der Konzeption und Strategiefindung zur Stadtentwicklung und Mitarbeit bei der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes
- Sicherung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit
- Steuerung der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Abstimmung und Sicherung der Kosten / Leistungen zum Stadtentwicklungskonzept
- Informationstransfer zu VertreterInnen der Gemeindepolitik

Ergänzend zum Steuerungsteam erfolgte in internen und externen ExpertInnenforen die Abstimmung zwischen den einzelnen Fachthemen. VertreterInnen der Gemeindepolitik, -verwaltung und gemeindenaher Einrichtungen und Unternehmen sowie VertreterInnen von Interessensgruppen der Stadt, der Wirtschaft sowie Meinungsbildner wurden methodisch auf Ebene der Fachthemen durch die ExpertInnen eingebunden.

1.3.Arbeitsweise

Innerhalb des Stadtentwicklungskonzeptes wurde der fach- und ressortübergreifende Dialog zwischen einzelnen Disziplinen verfolgt und damit zum Interessensausgleich beigetragen. Dieser Prozess führte zu einem Austausch zwischen Politik, Verwaltung, ExpertInnen und zur Einbeziehung der Meinungen Badener Akteure und Interessensgruppen wie beispielsweise Wirtschaft, Tourismus, Jugend, Kultur und stellt die Konzeption auf eine solide qualitative Basis. Mit der Einladung der Badenerinnen und Badener ihre Ideen für die Zukunft der Stadt einzureichen wurden Wünsche und Anregungen auf Ebene der Bevölkerung mit einbezogen.

Die Arbeiten zur Stadtentwicklung wurden im Sinne von „working in progress“ verfolgt und haben damit einen realitätsnahen Ansatz verfolgt. Dies führte zur Vertiefung und Ergänzung einzelner Themenstellungen.

So wurden erstmalig für eine Österreichische Kleinstadt soziale Milieus und deren Bedeutung für die Erklärung und das Verstehen von Einstellungs- und Verhaltensunterschieden in der Bevölkerung untersucht. Für die Studie zum Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Baden wurde der Ansatz des Marktforschungsinstituts SINUS Sociovision gewählt. Dieses Institut hat mit 30 Jahren die umfangreichste Erfahrung in diesem Sektor und wendet ihr Modell sowohl in der Grundlagenforschung wie auch im Auftrag von Markenherstellern, Dienstleistern, politischen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden an, um zielgruppenspezifisch vorgehen zu können. Damit verfügt die Stadt Baden über eine innovative Grundlage zur Entwicklung passgenauer Strategien und Maßnahmen.

Das Stadtentwicklungskonzept als langfristiges Planungsinstrument orientiert sich am Zeithorizont 2031. Die Handlungsschwerpunkte definieren entsprechend der geplanten prozessorientierten Umsetzung kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen.

Der Zeitraum der kurzfristigen Planung beträgt dabei bis zu 5 Jahre, die mittelfristigen Vorhaben sind in ihrer Umsetzung auf bis zu 10 Jahre vorgesehen und alle Maßnahmen mit einer längeren Realisierungszeitplanung sind als langfristig bezeichnet.

Die Themenfeldorientierte Bewertung der Stadt Baden durch einzelne Fachkonzepte hat das Ziel, fachübergreifende Strategien und Handlungsansätze zu erkennen und herauszuarbeiten. Die Arbeit orientierte sich an der grundsätzlichen Ausrichtung des Stadtentwicklungskonzepts, eine strategische Grundlage zur Zukunftsfähigkeit als Tourismus- und Wirtschaftsstandort sowie die Lebensqualität als Wohnstandort zu schaffen. Die Beauftragung externer ExpertInnen stellte dabei sicher, dass Erkenntnisse und Entwicklungen aus überregionaler Perspektive den Entwicklungsprozess prägten.

Um die Zusammenschau der einzelnen Themenbearbeitungen sicherzustellen, wurde methodisch in folgenden Schritten vorgegangen:

- Analyse der bisherigen Entwicklung (letzten 20 Jahre)
- Herausarbeiten der Stärken und Schwächen, Trends und Herausforderungen zum Fachgebiet
- Einbindung der relevanten Personen / Interessengruppen durch Befragungen, Interviews, Erhebungen, Beobachtungen
- Recherche von vergleichbaren Good Practice Beispielen im EU Raum, wobei Lage und Standortvergleichbarkeit wichtig war
- Ableiten von Prognosen und Potenzialen
- Abstimmung der Erkenntnisse und Bewertungen unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den Themenfeldern
- Definition der wichtigsten Handlungsfelder des Fachbereiches
- Diskussion der Analysen und Handlungsempfehlungen mit dem Gemeinderat
- Einbeziehung der Anregungen der Badenerinnen und Badener durch Ideenaufwurf mit Verlosung
- Ableiten fachübergreifender strategischer Ziele aus gesamtstädtischer Perspektive samt Leitbildern, Maßnahmen und Evaluierungskriterien

Die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes wurde den Medien vorgestellt und die Öffentlichkeit sowohl über die Website der Stadt Baden als auch über Berichte in der Gemeindezeitung „baden.at“ sowie im Zuge der Ideeneinreichphase über eigenen Folder informiert. Zeitungen berichteten mehrmals über das Projekt und bei einer Informationsveranstaltung konnten Fragen aus der Bevölkerung eingebracht und beantwortet werden.

Mit der Befassung des Stadtentwicklungskonzepts im Gemeinderat erlangt dieses den Status einer maßgebenden Entscheidungsgrundlage sowohl für die Politik als auch die Verwaltung. Gleichzeitig ist zu erkennen, dass Stadtentwicklung ein kontinuierlicher Prozess ist und neue Entwicklungen entsprechend zu berücksichtigen sind. Der Gemeinderat hat daher die Aufgabe, die formulierten Strategien und Leitlinien und Maßnahmen regelmäßig zu prüfen, zu beurteilen und erforderlichenfalls anzupassen.

1.4. Arbeitsteam

Strategieteam		
Bgm. Kurt Staska	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
VizeBgm. LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
Stadtamtsdirektor Mag. Roland Enzersdorfer	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
Interne Koordination		
Mag. Doris Palz	Stadtgemeinde Baden dannach Palz & Partner	2500 Baden, Hauptplatz 1
Externe Zuarbeit: Josef Wallenberger	Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH	3580 Horn, Florianigasse 7
Experten intern		
<i>Verkehr, Stadtplanung, Bevölkerungsentwicklung</i>		
DI Michael Madreiter	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
Wirtschaft		
Mag. Sabine Haugner	Stadtgemeinde Baden - Wirtschaftsservice	2500 Baden, Brusattiplatz 3
<i>Tourismuswirtschaft</i>		
GGL Klaus Lorenz	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden
<i>Bildung</i>		
GGL Mag. Otto Wolkerstorfer	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Pfarrplatz 1
<i>Kultur</i>		
AL Hans-Gerd Ramacher	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
GR Hans Hornyik	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
<i>Soziale Grundversorgung</i>		
Bgm. Kurt Staska	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1
Oberst Walter Santin	Stadtgemeinde Baden	
<i>Stadt -u. Landschaftsbild, Klimaschutz u. Energie</i>		
GGL DI Gerhard Weber	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden
<i>Kommunikation</i>		
Mag. Doris Palz	Stadtgemeinde Baden	2500 Baden, Hauptplatz 1

Experten extern		
<i>Bevölkerungsentwicklung</i>		
Prof. Dr. Jens S. Dangschat	Technische Universität Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie (ISRA)	1040 Wien, Panioglasse 16, Mezzanin
Univ.Ass. Dipl.-Ing. Gesa Witthöft	Technische Universität Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie (ISRA)	1040 Wien, Panioglasse 16, Mezzanin
<i>Wirtschaft</i>		
Josef Wallenberger	Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH	3580 Horn, Florianigasse 7
Mag. Nina Sillipp	Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH	3580 Horn, Florianigasse 7
<i>Tourismuswirtschaft</i>		
Dkkfm. Hubert A. Auer	Auer, Springer & Partner, International Strategy Consultants	1010 Wien, Schottenring 16/2 (Börsengebäude)
<i>Erreichbarkeit/Verkehr</i>		
Dipl.-Ing. Helmut Koch	KOMOBILE Verkehrsplanung	4810 Gmunden, Kirchengasse 3
<i>Bildung</i>		
Univ. Prof. Mag. Dr. Dr. Christiane Spiel	Institut für Wirtschaftspsychologie, Bildungspsychologie und Evaluation - Universität Wien	1010 Wien, Universitätsstraße 7
Mag. Vera Popper	Institut für Wirtschaftspsychologie, Bildungspsychologie und Evaluation - Universität Wien	1010 Wien, Universitätsstraße 7
<i>Kultur</i>		
Silvie Aigner	dispositiv art consult	1020 Wien, Glockengasse 28/18
<i>Soziale Grundversorgung</i>		
Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal	Universität Wien Institut für Arbeits- und Sozialrecht	1010 Wien, Schenkenstrasse 8-10/3
MMag. Diana Niksova	Universität Wien Institut für Arbeits- und Sozialrecht	1011 Wien, Schenkenstrasse 8-10/3
Dr. Marita Haas	Universität Wien Institut für Arbeits- und Sozialrecht	1012 Wien, Schenkenstrasse 8-10/3
<i>Stadtbild und Landschaftsbild</i>		
Dipl.-Ing. Thomas Proksch	Land in Sicht Büro für Landschaftsplanung	1030 Wien, Engelsberggasse 4/4.
<i>Klimaschutz und Energie</i>		
Mag. Martin Weishäupl	brainbows informationsmanagement gmbh	1010 Wien, Köllnerhofgasse 6/3/10
Mag. Christian Nohel	brainbows informationsmanagement gmbh	1010 Wien, Köllnerhofgasse 6/3/10
DI Christoph Resch	brainbows informationsmanagement gmbh	1010 Wien, Köllnerhofgasse 6/3/10

2. Gesamtstädtische Situation – Entwicklungstrends

Die globalen, nationalen und regionalen Entwicklungen stellen sich auch für die Stadt Baden entweder als Chance oder als Herausforderung dar. Wesentliche Trends, die sich auf die zukünftige Entwicklung Badens auswirken werden oder können stellen sich wie folgt dar:

2.1. Globale Trends

Die globalen gesellschaftlichen Trends werden vor allem durch die wirtschaftlichen Entwicklungen geprägt, die in der Regel als „Globalisierung“ zusammengefasst werden. Darunter sind vor allem fünf Trends relevant:

- Ein erleichterter **Austausch von Informationen** über das Internet durch stark anwachsende Reichweiten und höhere Leistungsfähigkeit (Mengen und Geschwindigkeiten der Datenübertragung); er ermöglicht eine verstärkte weltweite Arbeitsteilung, neue Formen der Produktion materieller und immaterieller Produkte, neue Formen des Handels, neue Kooperations-, Steuerungs- und Managementformen.
- Eine erleichterte **Mobilität des Kapitals** durch flexible Wechselkurse und offene internationale Börsen, was die Voraussetzung dafür ist, dass die Kapitalmärkte zunehmend von der materiellen Produktion entkoppelt werden können und eigene Dynamiken entfalten.
- **Sinkende Transportkosten**, was (zusammen mit den beiden oben genannten Faktoren) die internationale Arbeitsteilung zur Folge hat; diese verschiebt die wirtschaftlichen Wachstumspole einzelner Branchen im globalen Maßstab, aber auch auf kontinentaler resp. nationaler und regionaler Ebene (neue Zentren und Peripherien).
- **Verstärkte Mobilitätsströme** (wobei die Flucht vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und die Suche nach einem menschenwürdigen Lebensunterhalt die wichtigsten Anlässe sind); aus westeuropäischer Sicht haben Wanderungsströme eine ganz andere Bedeutung: Durch entsprechende Zuwanderungs- und Integrationspolitiken qualifizierte Arbeitskräfte ins Land zu holen und demographische Korrekturen des Altersaufbaus und der Nettoerproduktionsrate vorzunehmen, d.h. die eigenen Defizite auszugleichen. Die dazu notwendigen Mengen an Zuwanderungen stehen jedoch im krassen Widerspruch zur Integrationsbereitschaft der Bevölkerung der Aufnahmegesellschaften.
- **Eine Intensivierung des normativen und kulturellen Austausches**, die eine Ausbreitung der Normen und Werte „des Westens“ beschleunigt [kapitalistische Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, „american way of life“ – im Gegenzug einen verstärkten Einfluss asiatischer Werte (Spiritualisierung)]. Auch hier gibt es große Probleme bei der Akzeptanz der Kultur und des kulturellen Kapitals „der Fremden“ (Angst vor Werteverlust und das Beharren auf der eigenen als Leitkultur – Sprache, Religion).

Diese Prozesse ermöglichen eine Entankerung der Wertschöpfungsketten (Überwindung der vertikalen Integration der Produktion), d.h. sie führen zu einer zunehmenden Freizügigkeit der Allokation von Elementen der Wertschöpfung. Das hat zu einer steigenden geografischen Unabhängigkeit der Kapitalinvestitionen geführt – was „paradoxe Weise“ zu einer verstärkten Konkurrenz von Gebietskörperschaften um ‚foreign direct investments‘ geführt hat.

In *Europa* haben sich diese Faktoren der Globalisierung vor allem in ausgeweiteten Exportchancen bei gleichzeitiger struktureller Arbeitslosigkeit in den meisten Branchen des sekundären Sektors (De-Industrialisierung) und in den traditionellen fordistischen Dienstleistungsbranchen und sozialen Gruppen.

Die Erscheinungsformen der Globalisierung haben einen weiteren wichtigen ökonomischen Trend forciert: den *Übergang von einer (materielle) Waren produzierenden Wirtschaft zu einer Dienstleistungen erzeugenden* (auch als Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft interpretiert). Dieser Übergang wirkt sich in einer Reihe anderer Faktoren aus:

- Massive *Verschiebung der ökonomischen Basis* mit der Folge neuer Hierarchisierung der Bedeutung von Branchen, was wiederum
- einen hohen Einfluss auf *die Verteilung der regionalen Wirtschaftskraft* (innerhalb von Nationalstaaten, zwischen Nationalstaaten, zwischen Kontinenten) hat.
- Daraus resultiert ein breiter und tiefgreifender *sozialer Wandel* in den Ländern Europas:
 - Zunahme der *sozioökonomischen Polarisierung* (Öffnen der Schere von Einkommen und Vermögen sowie unterschiedliche Arbeitsplatzsicherheit, tendenzieller Rückzug des Sozialstaates),
 - *soziodemografische Verschiebungen* (Überalterung, Unterjüngung, Zunahme des Anteils kleiner Haushalte, Zunahme des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund),
 - zunehmende *soziokulturelle Heterogenisierung* durch eine Pluralisierung der Werte (Wertewandel, soziale Milieus), der Lebensstile (Verhaltensmuster) und der Einstellungen; die Ursachen hierfür sind eine verstärkte Bedeutung der Sozialisierungen sowie der Zeit- und Ortsmuster der modernen Dienstleistungsberufe (insbesondere ‚creative industries‘) und der Emanzipation der Geschlechterverhältnisse.
- Die Prozesse des sozialen Wandels bilden sich in sich überlagernden, teilweise widersprüchlichen *regionalen Mustern* (Segregation, Konzentration) ab. Daraus entstehen Regionen des ökonomischen und demografischen Wachstums und des Schrumpfens (vgl. Dangschat 2009a, Dangschat 2009b).
- Vor allem die oben beschriebenen Wirtschaftsprozesse, aber auch die Aspekte des sozialen Wandels führen zu *neuen Formen des Regierungshandelns*, welche als Übergang vom Government zur Governance beschrieben werden. Letztere beinhalten Strategien des ‚new public management‘ ebenso wie erweiterte Formen der Partizipation (der Zivilgesellschaft und der Unternehmen). Gleichzeitig nimmt die Konkurrenz zwischen Regionen und Gebietskörperschaften zu, welches das Verhältnis aus Kooperation und Konkurrenz neu bestimmt (co-competition) (vgl. Department 2009).

Diese verstärkte Wettbewerbssituation unterstützt eine nicht nur weitergehende sondern auch intensiviertere Form der Orientierung an Wachstumsmodellen. Diese steht im eklatanten Widerspruch zum ökologischen Gleichgewicht. Der mit dem Umweltschutz in engem Zusammenhang stehende Diskurs einer *nachhaltigen Entwicklung* wird in der Umsetzung daher ökonomisch und technologisch gestaltet. Das ökonomische Schwergewicht wird auf die Senkung der Kosten gerichtet – hier stehen allerdings betriebswirtschaftliche Kostenvorteile oftmals im Widerspruch zu volkswirtschaftlichen Fortschritten im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Die technologische Herausforderung wird als Faktor 4-Diskussion (bisweilen auch schon Faktor 10) geführt, d.h. man geht davon aus, dass die Herausforderung der Entkoppelung des wirtschaftlichen Fortschrittes von den materiellen throughputs nur durch eine mindestens vierfache Effizienzsteigerung erzielt werden kann. Im Vergleich dazu sind die Bemühungen um eine Steigerung der Suffizienz (Änderung der Einstellungen u. Wertvorstellungen) eher gering.

Dennoch sind die Diskussionen um die Absenkung des Energieverbrauchs, die Verlagerung auf nachwachsende Rohstoffe sowie ein veränderter Umgang mit Schadstoffen unumgänglich und werden in absehbarer Zeit zu ver-

schärften Rahmenbedingungen führen. Diese werden weiter einen erheblichen Einfluss auf die Gebäude-Technologien nach sich ziehen – die Masdar-Standards¹ werden hierzu die Orientierung liefern.

2.2. Nationale Trends

Österreich bewegt sich aufgrund der oben beschriebenen globalen/europäischen Trends und aufgrund der sehr guten Ausgangsposition entlang der skizzierten Prozesse auf einem eher günstigen Niveau. Das liegt jedoch auch an den gegenüber anderen westeuropäischen Ländern eher verzögert eintretenden Prozessen der Modernisierung, die dann jedoch meist gemäßiger eintreten. Zudem ist das Ausgangsniveau noch günstiger und die Regulationsmodi weniger polarisierend als in anderen europäischen Ländern. Es besteht jedoch in vielen Bereichen ein deutlicher Modernisierungsstau [Sozialgesetzgebung, Gesundheitssektor, Föderalismusdebatte (mangelnde nationale Verantwortung hinsichtlich der Raumordnung und einer nachhaltigen Entwicklung, unzureichender Finanzausgleich etc.)].

Im Vergleich zu anderen (west)europäischen Ländern ist die Wirtschaftskraft in Österreich hoch, die Arbeitslosigkeit – obwohl zunehmend – noch gering und der ausgleichende Sozialstaat leistungsfähig. Diese durchschnittlich gute Position ist jedoch vor dem Hintergrund zunehmender regionaler Ungleichheiten zu betrachten, denn auch in Österreich werden die Auswirkungen des ökonomischen und sozialen Wandels regional qualitativ unterschiedlich sichtbar (vgl. Dangschat 2009a).

Sozioökonomische Trends:

Nach einer langen Phase sozioökonomischer Integration² (bis in die späten 1980er Jahre hinein), öffnen sich auch in Österreich wieder die Einkommens-, vor allem aber die Vermögensschere. Österreich, obwohl das viert-reichste Land der EU 27 (gemessen im BIP pro Kopf), weist eine vergleichbar hohe Armutsgefährdungsschwelle auf (im Jahr 2005 die dritthöchste, gemessen in Kaufkraftparitäten; vgl. Heitzmann & Till-Tenschert 2009: 94). Das bedeutet, dass sich der Abstand zwischen „oben“ und „unten“ wieder vergrößert, wobei die Mittelschicht sich verkleinert, aus der nur wenige in die höheren Wohlstandsgruppen aufsteigen, während die Abstiegsprozesse in der unteren Mittelschicht und darunter eher schrittweise verlaufen. Das Ergebnis ist: Immer mehr Menschen fallen zumindest vorübergehend in die Gruppe der Armutsrisiken ab (etwa 1 Millionen Menschen in Österreich; vgl. Till et al. 2009: 240).³

Die Ursachen für diese Entwicklungen liegen einerseits im Arbeitsmarkt und andererseits im staatlichen Wohlfahrtsystem. Der Arbeitsmarkt ist gegenwärtig den beiden oben dargestellten großen Veränderungen unterworfen: Zum einen durch eine Zunahme der internationalen Arbeitsteilung treten Arbeitsleistungen, Produkte, Fertigungen und Arbeitsbedingungen in einen zunehmend internationalen/globalen Wettbewerb, mit dem Ergebnis, dass entweder aus bestimmten Branchen der Güterfertigung, zunehmend aber auch des (fordistischen) Dienstleistungssektors der hoch entwickelten Industrieländer Arbeitsplätze in andere Regionen verlagert werden, was zum einen hierzulande zu struktureller Arbeitslosigkeit, zum anderen zu einer Zunahme an flexibilisierten und deregulierten Arbeitsplätzen führt. Auf niedrigem Qualifikations- und Lohnniveau führt dieses wiederum zu einer rasch steigenden Anzahl prekär Beschäftigter.

¹ Danach erzeugt jedes Gebäude nicht nur den eigenen Energiebedarf sondern auch überschüssige Energie, die gespeichert und entsprechend der Bedarfe ins Netz gespeist werden kann; die Siedlungsstrukturen weisen in ihrer Nutzung keinen CO₂-Ausstoß mehr auf; auch das Trinkwasser wird mit eigenen Ressourcen erzeugt; die Siedlungsstrukturen erzeugen keinen Abfall, der nach außen getragen werden mussiehe

² Dieser Erfolg in der fordistischen Phase ist eine wesentliche Ursache für die gute Position Österreichs im Vergleich mit anderen europäischen Staaten, aber zugleich auch ein Hemmnis bei einer angemessenen flexiblen Reaktion auf die neuen Kontextbedingungen postfordistischer Regulation.

³ Wie Heitzmann & Till-Tenschert (2009) in ihrem Beitrag darstellen, ist die Messung einer möglichen Wieder-Zunahme von Armut aufgrund der unterschiedlichen Datengrundlagen und der Erhebungsmethoden umstritten und auch Till et al. (2009) weisen auf hohe Unsicherheitsbereiche aufgrund der Umfragesituation hin.

Den zweiten grundlegenden Prozess stellt der Übergang von der Güterproduktion zur Herstellung von unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen, virtuellen Produkten, Images und Visionen dar. Diese Trends haben einen enormen Zuwachs an Qualifikationen zur Folge resp. erfordern Menschen mit veränderten Fähigkeiten am Arbeitsplatz (Kreativität, Individualität, Engagement, Verantwortungsübernahme und Selbstverwirklichung durch den Beruf).

Dieser Übergang führt zu einem tendenziellen Qualifikations-Mismatch zwischen Nachfrage und Angebot, verändert aber auch die Arbeitsweise und Arbeitsorganisation. Nicht mehr Gewerkschaften oder andere Institutionen vertreten die Interessen einzelner Arbeitnehmenden in den neuen Branchen, sondern die abhängig Beschäftigten treten in individuelle Aushandlungen über Arbeitsweise und Entlohnung. Das Arbeiten in Projekten ersetzt zunehmend die regelhaften Arbeitszeiten; Selbständigkeit und verbreitete Franchising-Modelle erfordern ein hohes Engagement der Arbeitenden.

Der Sozialstaat kann, soll und will⁴ diese neuen Risiken nicht mehr ausgleichen; Arbeitnehmende sollen zunehmend ihre Altersversorgung sicherstellen, zumal allein aus demografischen Gründen die bestehenden Rentensysteme nicht mehr haltbar sind.

Soziodemographische Trends:

Hinsichtlich der demographischen Entwicklung geht man von drei zentralen Trends aus:

- der Altersentwicklung (Unterjüngung und Überalterung),
- veränderten Haushaltsformen und
- der Zunahme an Menschen mit Migrationshintergrund, verbunden mit der zunehmend schwierigeren Herausforderung der Integration.

Nach lang andauernden intensiven Hinweisen seitens der Wissenschaft gilt mittlerweile in Medien, Politik und Verwaltung die Tatsache akzeptiert, dass westeuropäische Gesellschaften ohne internationale Zuwanderungen älter werden und schrumpfen. Der Trend einer zu geringen Netto-Reproduktionsrate hat sich bereits in der Zwischenkriegs-Periode gezeigt, wurde dann noch einmal durch den Baby-Boom der 1960er Jahre überdeckt und ist seit den 1980er Jahren kaum noch zu leugnen. Während die Ursachen der „Unterjüngung“ die zu niedrigen Geburtenraten sind, liegen die Ursachen in der „Überalterung“ zum einen in der deutlich steigenden Lebenserwartung und zum anderen in der relativen Zunahme älterer Menschen aufgrund zahlenmäßig schwächerer nachrückender Generationen. Das Ergebnis ist, dass in modernen Gesellschaften erstmalig in der Menschheitsgeschichte die Älteren gegenüber den Jüngeren in der Überzahl sind.

Die Folgen werden weitgehend lediglich hinsichtlich der Pensions-, Gesundheits- und Pflegesysteme diskutiert. Welche Folgen dieser Altersaufbau für andere Aspekte der Gesellschaft haben wird, bleibt jedoch eher unterbelichtet (Wohnstandortwahl, Wohnraum-Präferenzen, Konsumverhalten, demokratische Systeme, Innovationskraft der Gesellschaft). Es wird lediglich konstatiert, dass die Gesellschaften künftig „bunter“ seien – damit ist gemeint, dass die Unterschiede innerhalb der eindimensional definierten sozialen Gruppen zunehmen werden; damit wird allerdings auch kaschiert, dass man die Art und den Umfang der Heterogenität bislang allenfalls nur andeutungsweise kennt.

⁴ Gemeint damit ist: „Kann nicht mehr“ aufgrund der fiskalischen Situation und Versäumnissen in der Sozialgesetzgebung; mit „soll nicht mehr“ ist der zunehmende Druck auf die Entsolidarisierung auf der nationalstaatlichen Ebene gemeint, auf die populistisch seitens der Politik reagiert wird und „will nicht mehr“ beschreibt die dominanten Zielsetzungen der regierenden Koalitionen in Europa, die sich hinter dem „kann nicht mehr“ verstecken.

Das weiter gehende Problem: Wenn in der Zukunft das Ausmaß der Bedeutung der ‚greying society‘ wirklich erfasst worden ist, wird man sich jedoch von diesem Bild trennen müssen, denn ab etwa dem Jahr 2040 wird der Anteil älterer Menschen wieder zurückgehen, weil dann die Baby-Boom-Generation ausgestorben sein wird.

Ein weiterer sicherer Trend ist, dass die Haushalte schrittweise kleiner werden. Das hat mehrere Ursachen: Erstens sorgt die rückläufige Kinderzahl für eine steigende Zahl an kinderlosen Haushalten resp. an Haushalten mit nur einem Kind, zweitens nimmt die Zahl der Trennungen zu, während die Zahl der Wiederverheiratungen abnimmt⁵, drittens nimmt der Anteil an Alleinerziehenden zu, viertens führt die höhere Lebenserwartung zu einem höheren Anteil an Zwei- und Einpersonenhaushalten im Alter⁶.

Fünftens führt die Wohlstandsentwicklung in den mittleren und oberen mittleren Einkommensgruppen auch dazu, dass sich immer mehr junge Haushalte als Alleinlebende eine eigene Wohnung leisten können. Auf der anderen Seite nimmt im unteren Einkommenssegment die Notwendigkeit zu, noch lange bei den Eltern zu leben, weil ein eigenständiges Haushalten nicht finanzierbar ist.

Das Absenken der durchschnittlichen Haushaltsgröße insbesondere durch die Zunahmen der Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte hat einen wichtigen Effekt, denn auch bei moderat sinkenden Einwohnerzahlen nimmt die Zahl der Haushalte und damit der Wohnraumbedarf in zweifacher Hinsicht zu: Es steigt die Nachfrage nach Wohnungen (je Haushalt eine Wohnung) und der Wohnflächenbedarf pro Person nimmt insbesondere deshalb zu, weil bei kleinen Haushalten der Anteil an Verkehrsflächen und Nebenräumen deutlich höher ist.

Der dritte demographische Faktor wird durch die (internationalen) Zuwanderungen bestimmt. Nachdem die Zuwanderung (und die daraus resultierende Herausforderung zur Integration) lange eher ausgeblendet wurde, nehmen die Stimmen seitens Politik und öffentlicher Verwaltung zu, dass die „reifen“ Industriegesellschaften Zuwanderungen aus zwei Gründen brauchen: Den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte, um das eigene Ausbildungsdefizit abzudecken und den Zuzug jüngerer Familien (mit vorerst höherer Netto-Reproduktionsrate), um die Schiefelage der Alterspyramide zu korrigieren.

Wenn diese Ziele tatsächlich über Zuwanderung erreicht werden sollten, müssten die Zuwanderungsraten jedoch mindestens doppelt so hoch sein, als es gegenwärtig ermöglicht wird. Zudem stehen nahezu alle industrialisierten Staaten Europas in der gleichen Konkurrenz, d.h. Beschäftigungsmöglichkeiten, Lohnniveau und schließlich die Offenheit der Einwanderungs- und Aufenthaltsregelungen werden bedeutsam sein – alle drei sind Kategorien, bei denen sich Österreich im europäischen Vergleich eher am Ende aufhält resp. sogar das Schlusslicht bildet.

Vor dem Hintergrund, dass sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in eine Stadtregion ziehen, sind Begriffe wie „AusländerIn“ und „MigrantIn“ oder statistische Kategorien wie „Nationalität“ oder eben auch „Menschen mit Zuwanderungshintergrund“ absolut sinnlos, weil die so gebildeten Gruppen in sich viel zu heterogen sind, um daraus Chancen resp. Risiken einer Integration ableiten zu können.

⁵ Dafür steigt die Zahl der Partnerschaften, bei denen die jeweiligen PartnerInnen in ihren je eigenen Wohnungen leben; ein gesteigener Wohlstand auf der einen Seite, aber auch eine Lebenserfahrung, gegenüber einer konsequenten Beziehung Vorbehalte zu haben, sprechen dafür.

⁶ Einpersonenhaushalte werden häufig auch als Single-Haushalte bezeichnet, was nicht sinnvoll ist, denn etwa die Hälfte aller Einpersonenhaushalte in einer Stadtgesellschaft werden von Menschen über 60 Jahre gebildet.

Soziokulturelle Trends:

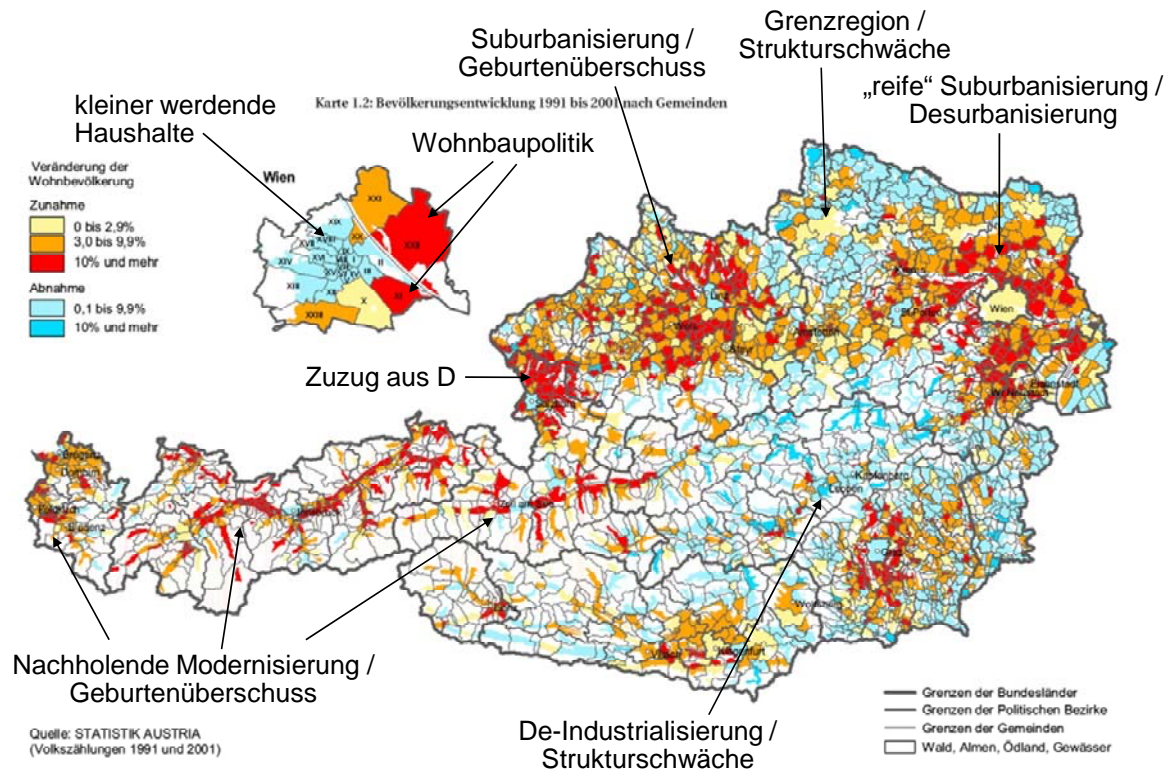
Verschiedene gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und -diskurse, vor allem aber das veränderte Bildungssystem und die beschriebenen Veränderungen zu einer Dienstleistungsgesellschaft haben zu einer breiten Ausdifferenzierung von Wertvorstellungen geführt. Soziologen wie Beck und Giddens, welche die sog. „Entstrukturierungsthese“ vertreten, gehen von einem ‚disembedding‘ von weiten Teilen der Bevölkerung aus bestehenden leitenden Einbindungen aus (Stand, Klasse, Schicht, Religion, Dorf, Grätzel, Religion, Familie etc.) und formulieren daraus die sog. „Individualisierungsthese“ (vgl. Beck 1995). Diese wird mittlerweile durch die sog. „Rückbettungsthese“ in kulturelle Einheiten gemeinsamer Lebensziele, Wertvorstellungen, Vorlieben und Abneigungen ergänzt. Hieraus ist in den Sozialwissenschaften und der Marktforschung der sog. Milieu- und/oder Lebensstil-Ansatz entstanden (vgl. Dangschat 2007; siehe Anlage „Die Bedeutung sozialer Milieus für die Erklärung und das Verstehen von Einstellungs- und Verhaltensunterschieden in der Bevölkerung“).

Insbesondere die Milieuansätze finden in den Praxisfeldern schrittweise Anklang, in denen es darum geht, das (Nicht-)Handeln einzelner Menschen/sozialer Gruppen zu verstehen; im Immobiliensektor, aber auch für Fragen der Stadt(entwicklungs)planung wendet im deutschsprachigen Raum vor allem der vhw – Verband deutscher Wohnungsunternehmen den Milieu-Ansatz an (vgl. De Vries & Perry 2003, Perry & Appel 2004, Appel et al. 2005, Hallenberg & Poddig 2005, Perry 2005, Plöger et al 2005, Schipperges 2006).

Die relativ positive nationale Durchschnittsbetrachtung Österreichs wird jedoch relativiert, wenn die regionale Differenzierung berücksichtigt wird. Hier überlagern sich

- das traditionelle West-Ost-Gefälle (höhere ökonomische Effizienz bei jüngeren Wirtschaftsstrukturen im Westen, demografisch günstigerer Aufbau),
- die starke Verzahnung von ökonomischer Peripherie und Zentrum durch die schwierigen Gebirgslagen (Ober- und Hochsteiermark) und die umfangreichen Grenzlagen zu den früheren COMECON-Staaten (Mühlviertel, Waldviertel, Weinviertel, Burgenland) und
- ein „schiefes“ Größenverhältnis im Städtesystem (wie in Frankreich und England – im Gegensatz zu Deutschland und Schweiz), die im Widerspruch zum (zu stark) ausdifferenzierten föderalen System steht.

In der folgenden Abbildung werden die unterschiedlichen Entwicklungstrends der Wohnbevölkerung in den 1990er Jahren verdeutlicht.



Quelle: ÖROK (Hrsg.) 2004: 16 (Erklärungen der Veränderungen durch JSD)

Abbildung 1: Bevölkerungsveränderungen 1991 - 2001

Die Prognose der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs geht von einer deutlichen Verschärfung des Gegensatzes zwischen Wachstums- und Schrumpfsregionen aus (vgl. ÖROK 2004, ÖROK 2005), was nicht nur zu einer zunehmenden Binnenwanderung führt, sondern auch die Orientierung am Aufrechterhalten resp. Herstellen gleicher Lebensbedingungen zunehmend in Frage stellt. Die Wachstums- und Schrumpfsprozesse finden zudem auf zwei Maßstabsebenen statt: die Vienna Region gewinnt zum einen zu Lasten der sie umgebenden peripheren Regionen und der geografischen Mitte (Salzburg, Steiermark, Kärnten). Innerhalb der Schrumpfsregionen gibt es ebenso Wachstumsbereiche (beispielsweise die Hauptstadtregionen der drei genannten Bundesländer – hier vor allem deren suburbane Zonen), während es auch in den Wachstumsregionen relative und absolute Schrumpfbereiche gibt – auch beispielsweise im suburbanen „Speckgürtel“ von Wien (vgl. Dangschat 2009a, Dangschat 2009b, Department 2009). Bei den Schrumpfsprozessen gehen in der Regel negative Wirtschafts- und demografische Prozesse Hand in Hand (Betriebsschließungen, strukturelle Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit sozial selektiven Fortzügen, welche in einer Überalterung und einer Kinderarmut resultiert, was wiederum das Betreiben sozialer Infrastrukturen verteuert).

Solche Prozesse unterhöheln die nationale und regionale Solidarität zwischen Wachstums- und Schrumpfsbereichen, da die „Modernisierungsgewinner“ sich in einer verstärkten Konkurrenz um weitere Wachstumspotenziale im europäischen Maßstab „gefangen“ sehen und sie daraus strategische „Kooperationen der Gewinner“ entwickeln und weniger bereit sind, die „Verlierer“ zu stützen.

Diese Konkurrenz lässt sich beispielsweise in der Vienna Region beobachten, wo die Entscheidungen über die Organisation des ÖV oder das Anlegen von Radwegenetzen noch konsensual getroffen werden, was sich jedoch in Fragen der Gewerbeansiedlung oder der Trassenführung von Autobahnen rasch in offener Konkurrenz ausdrückt

(vgl. Department 2009). So lange Gemeinden nur für Wachstum mit höheren Abgaben „belohnt“ werden, nicht aber für Stagnation oder notwendigen Rückbau, nicht für Arbeitsteilung oder kaum für Kooperation, so lange werden kaum kooperative Strukturen auf der regionalen Ebene entstehen.

2.3. Regionale Trends und Thesen

Die Stadt Baden hat eindeutige Standortvorteile durch den historischen Kern einer Klein- und Mittelstadt, durch seine Kur- und Kultureinrichtungen sowie seine landschaftliche Lagegunst. Darüber hinaus hat die Stadt ein gutes, gleichwohl traditionelles Image nach außen und ihre BürgerInnen äußern eine hohe Wohnzufriedenheit. Aber: Das Wachstum der Stadt stagniert, die Stadt liegt in der regionalen Entwicklungsachse, deren Dynamik den Höhepunkt wohl überschritten hat und zudem sehr dicht besiedelt ist und daher nur geringe Wachstumsreserven hat. Die Entwicklungsstrategie des Bundeslandes Wien geht zudem in die nordöstliche Richtung, um die Verbindung nach Bratislava zu stärken, dreht also Baden zunehmend den Rücken zu.

Inwieweit Baden von dem wirtschaftlichen Wachstum in der Region in den nächsten Jahren profitieren kann, muss an dieser Stelle offen bleiben. Hier werden jedoch die Voraussetzungen einer weiteren Arbeitsplatzentwicklung mit bestimmt. Ein weiterer Faktor ist die Entwicklung der Arbeitsteilung in der Region, d.h. es besteht die Frage, ob Baden moderne unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen anziehen kann. Ein weiteres Wachstumspotential stellen arbeitsintensive Produktions- und haushaltsbezogene Dienstleistungsformen dar. Neben dem Arbeitsmarkt wird die sozioökonomische Situation auch sehr stark direkt (Renten und andere Sozialleistungen) und indirekt (Kuren) vom staatlichen Transfersystem bestimmt werden.

Hier gibt es enge Beziehungen zur soziodemografischen Situation. Baden wird in etwa durchschnittlicher Weise vom ageing-Phänomen betroffen werden; von daher wäre es sehr vordringlich, Wohnobjekte für junge Erwachsene zu entwickeln, die jedoch in der Vor-Eltern-Phase andere Ansprüche an den Wohnstandort haben als in der jungen Elternphase.

3. Die Stadt Baden und ihre Rolle in der Region

3.1. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadtgemeinde Baden liegt in der Vienna Region, einer der wachstumsstärksten Regionen Österreichs. Dennoch zeigen sich innerhalb der Region in den vergangenen Jahren erhebliche Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung (siehe folgende Abbildung). Die Stadtgemeinde Baden gehört zu denen, die eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate aufweist (im Gegensatz zum nördlichen Umland Wiens und dem Industrieviertel).

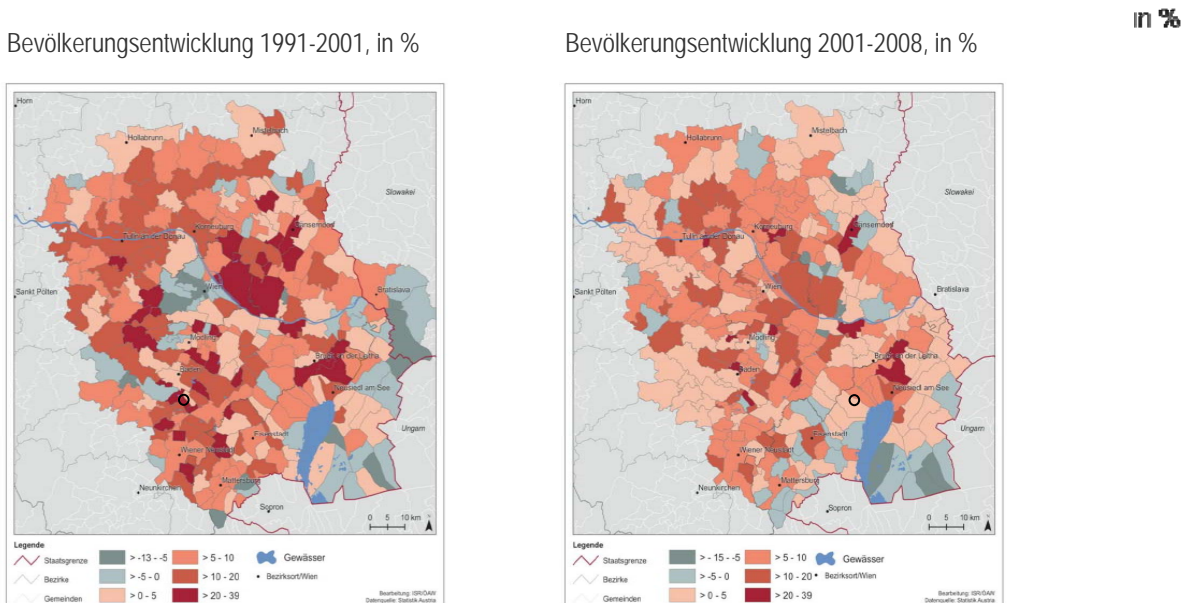


Abbildung 2: Relative Bevölkerungsentwicklung in der Region Wien, 1991-2001 und 2001-2008; Quelle: Görgl 2009

Die Stadtgemeinde Baden erstreckt sich über eine Fläche von 26,88 km² (davon 20,26 km² Dauersiedlungsraum = 75,4%). Baden liegt mit 24.502 BewohnerInnen (Basis: Anzahl der Hauptwohnsitze zum Zeitpunkt der VZ am 15.5.2001) an 18. Stelle der Rangordnung österreichischer Städte nach ihrer Einwohnerzahl. Sie ist damit die viertgrößte Stadt in Niederösterreich (hinter Sankt Pölten mit 49.121 E, Wiener Neustadt mit 37.637 E und Klosterneuburg mit 24.797 E), knapp vor Krems an der Donau (23.713 E, 19.) und Amstetten (22.595 E, 21.) (vgl. Statistik Austria 2007a). Aktuell hat die Stadt 25.194 E (31.12.2008; vgl. Statistik Austria 2009a – Zur Entwicklung der Einwohnerzahlen siehe Anhang 2, Tabelle 2.1).

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung zwischen den Jahren 1869 und 1939, dann war die der Stadt Baden deutlich dynamischer als im Bezirk Baden und dem Land Niederösterreich (siehe Anhang 2, Grafik 2.1). Seit dem Jahr 1961 ist jedoch die Dynamik des Zuwachses im Bezirk Baden höher als die der Stadt und übersteigt diese seit dem Jahr 2007 erstmals.

Die Region Wien ist noch immer von altersselektiven Wanderungen zwischen der Kernstadt und dem Umland geprägt (siehe die beiden folgenden Abbildungen). Während der höchste Anteil der ins suburbane Umland abwandernden Haushalte zwischen Mitte 20 und Mitte 40 Jahren liegt, liegt der Schwerpunkt derer, die in die Kernstadt ziehen, zwischen 20 und 30 Jahren. Der steile Anstieg zeigt, dass die Ausbildung und Bildung hierbei eine große Rolle spielen – offen bleibt, ob die als Jungerwachsene nach Wien Fortgezogenen auch wieder ins suburbane Umland zurückkehren. Betrachtet man die Unterschiede zwischen 2002 und 2007 flacht sich die Altersspitze der ins Umland Abgewanderten ab und nimmt der Anteil der Abgewanderten zwischen 40 und 50 Jahren zu (siehe folgende Abbildung) –

der Grund liegt u.a. in einem steigenden Anteil an Wohnungsfertigstellungen im Geschößwohnungsbau in den „emanzipierten“ Umlandgemeinden (vgl. Kratochwil & Dangschat 2004).

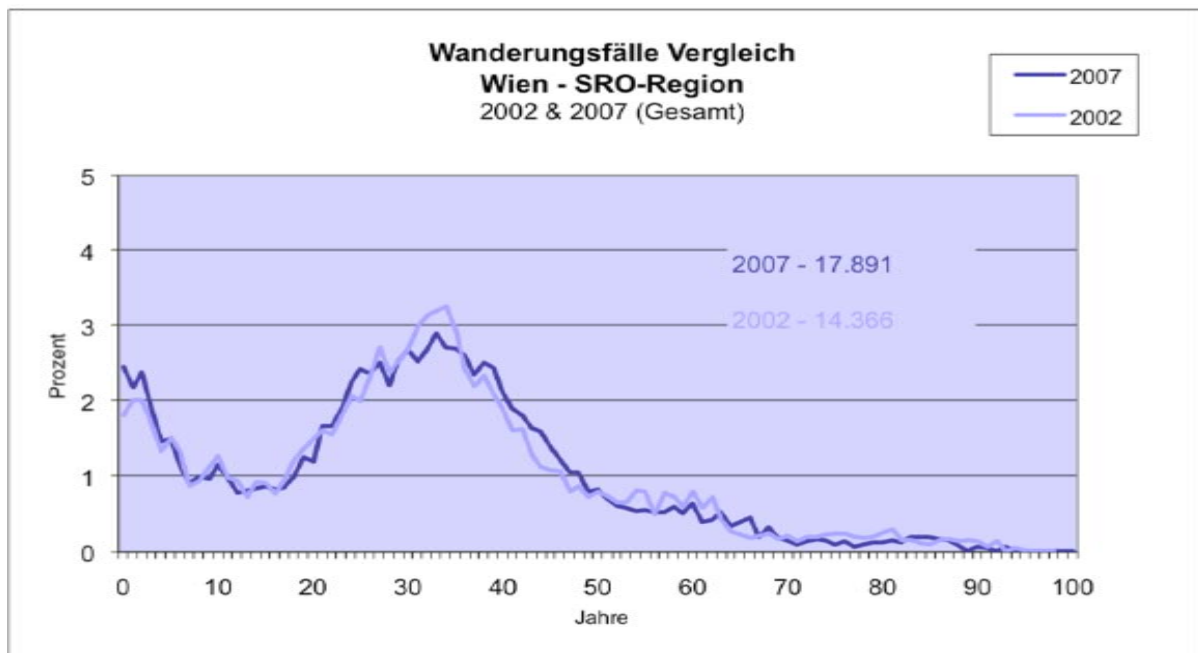


Abbildung 3: Wanderungen von Wien in die Ostregion, 2002 und 2007; Quelle: Görgl 2009

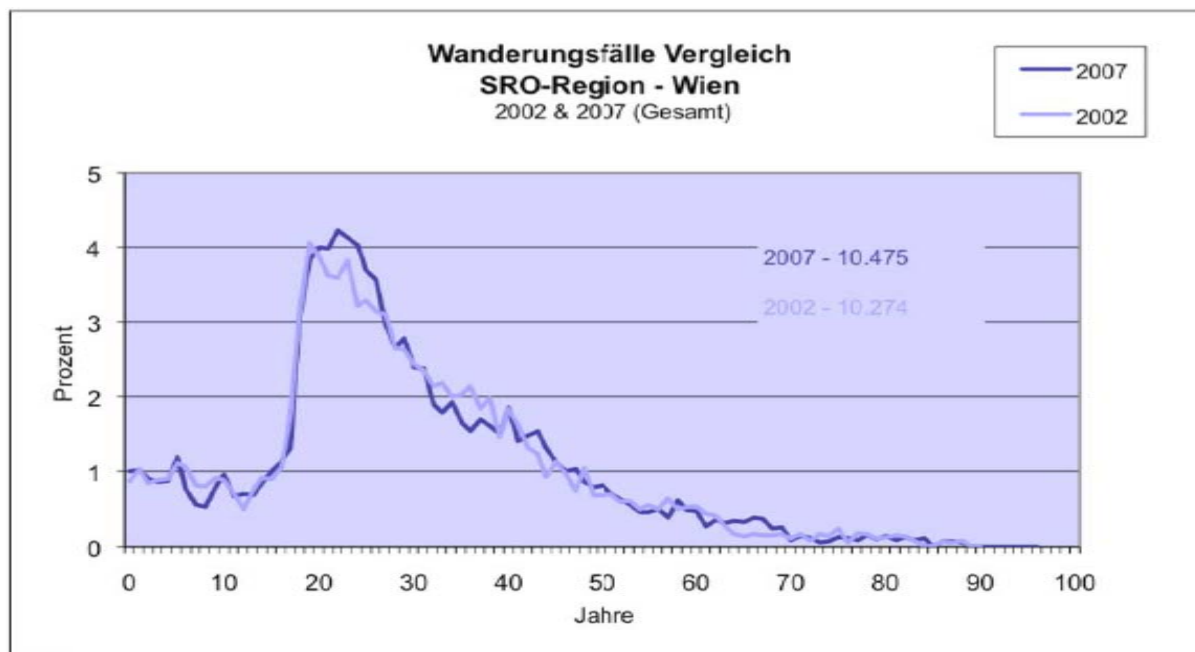


Abbildung 4: Wanderungen von der Ostregion nach Wien, 2002 und 2007; Quelle: Görgl 2009

Der Bezirk Baden weist für das Jahr 2008 einen Wanderungsgewinn von 1.643 Menschen auf, von denen 393 aus den Binnenwanderungen (Wanderungen innerhalb von Österreich) resultieren und 1.250 aus Außenwanderungen (vgl. Statistik Austria 2009g). Die Binnenwanderungen sind dreimal so umfangreich wie die Außenwanderungen (4.656 Zuzüge und 4.263 Fortzüge der Binnenwanderung stehen 2.549 Zu- und 1.250 Fortzüge der Außenwanderung gegenüber).

3.2. Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2031

Der Nordost-Region wird für den Zeitraum bis 2031 die größten Bevölkerungsgewinne in Österreich vorausgesagt (im Vergleich der NUTS III-Regionen; siehe Abbildung 5 und Tabelle 1)⁷. In der Bevölkerungsprognose wird für den Bezirk Baden von einem Wanderungsgewinn bis zum Jahr 2031 von knapp 25.000 Einwohnern ausgegangen, dem ein Verlust aus dem Sterbeüberhang von knapp 7.200 Menschen gegenübersteht (siehe Tabelle 2).

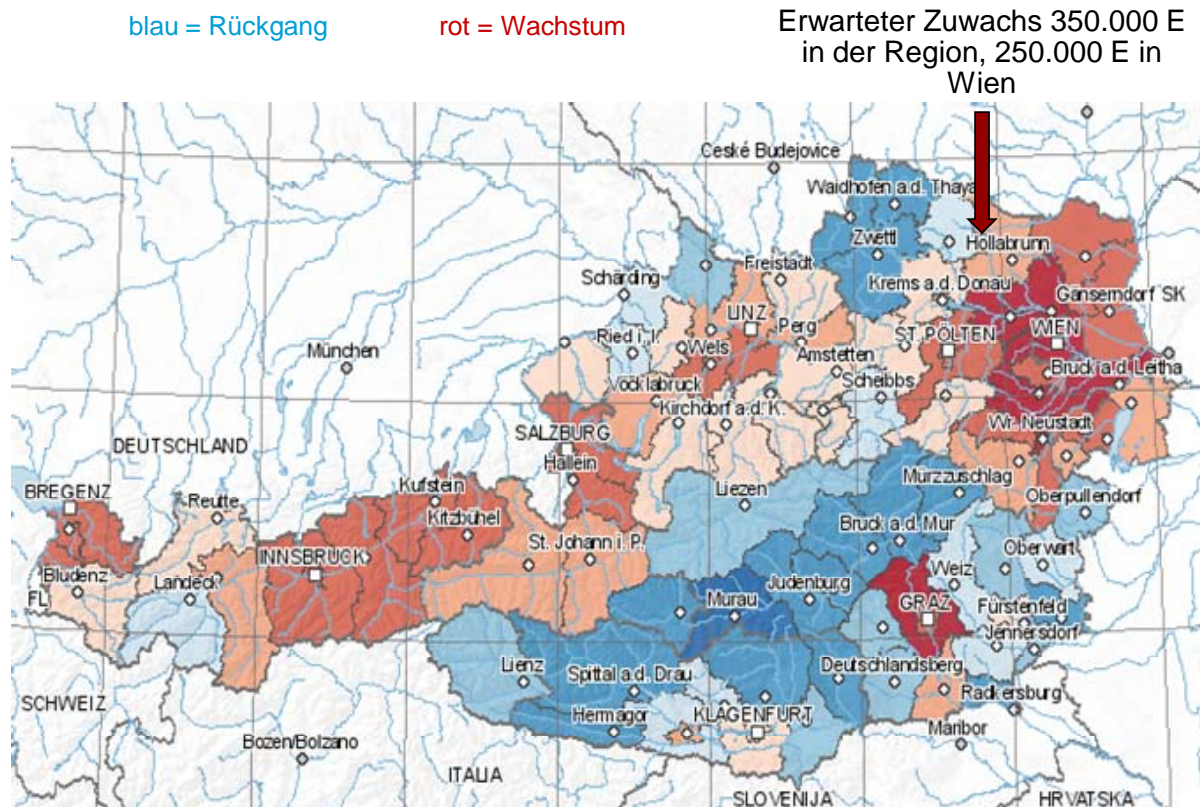


Abbildung 5: Bevölkerungsprognose, Österreich 2031; Quelle: ÖROK 2004

Mit einem Indexwert von 114 wird im südlichen Wiener Umland der höchste Wert erreicht werden. Allerdings steht hinter den positiven Wachstumszahlen eine stärkere Überalterung.

⁷ Die ÖROK-Prognose besteht aus einer Reihe von Szenarien und Varianten. Hier werden nur die Zahlen des Hauptszenarios (Szenario I) verfolgt; es stellt auch die Grundlage aller offiziellen Prognosen und abgeleiteten Maßnahmen dar. Da die erwartete Zahl der Wohnbevölkerung letztlich auch auf der Einschätzung von Arbeitsmarktentwicklung vorgenommen wird, muss sicherlich aufgrund der durch die Finanzkrise ausgelösten Wirtschaftskrise nach unten korrigiert werden (nach die Variante VII – niedrige Wanderungsvariante – kann jedoch nicht ohne weiteres übernommen werden). Selbst in der Wachstumsregion Wien werden jedoch auch schrumpfende Bereiche erwartet (vgl. Dangschat 2009a).

	Österreich		Wien		Wiener Umland-Süd		Bezirk Baden	
	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100
Bevölkerung insgesamt	8.415.978	105	1.665.232	107	332.835	113	144.719	114
davon								
unter 20 Jahren	1.508.194	82	295.360	97	61.247	96	27.295	95
20 – 64 Jahre	4.794.324	97	992.973	99	188.329	102	80.831	102
65 Jahre und älter	2.113.460	170	376.899	152	83.259	187	36.593	193
85 Jahre und älter	298.433	213	54.250	159	12.446	251	5.459	250
davon								
nat. Bev.saldo*	- 302.986		- 24.678		- 20.679		- 7.160	
Wanderungssaldo*	677.303		141.423		61.884		24.970	

*eigene Berechnung. Tabelle 1: Bevölkerungsprognose (Hauptszenario), Land, Bundesland (NUTS2), Wiener Umland (NUTS3) und Bezirk Baden, 2001 – 2031; Quelle: ÖROK 2004: 116, 118, 120, 122, 134, 136

In noch stärkerem Maße als die Bevölkerungszahl wird nach der ÖROK-Prognose aufgrund des starken Anstiegs des Anteils der Einpersonenhaushalte (Indexwert 134) die erwartete Zahl an Haushalten zunehmen (Indexwert 119, siehe Tabelle 2).

	Österreich		Wien		Wiener Umland-Süd		Bezirk Baden	
	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100
Haushalte	3.851.196	115	852.967	111	149.708	118	64.558	119
Davon in								
Einpersonen-HH	1.523.178	136	436.626	127	54.981	131	23.628	134
Mehrpersonen-HH	2.328.018	105	416.341	98	94.727	111	40.930	112
Personen in Mehrperso- nen-HH	6.759.524	99	1.200.480	101	272.428	110	118.468	110

*eigene Berechnung. Tabelle 2: Haushaltsprognose (Hauptszenario), Land, Bundesland (NUTS2), Wiener Umland-Süd (NUTS3) und Bezirk Baden, 2001 – 2031; Quelle: ÖROK 2004: 90, 92, 94, 98

3.3. Wohnraumversorgung

Im Bezirk Baden gab es zur GWZ 2001 knapp 63.000 Wohnungen (siehe Tabelle 3) – etwa viermal so viele wie in der Stadt Baden. Die Verteilungs-Relation zwischen den EigentümerInnen entspricht der Funktion des Bezirkes und zeigt die erwarteten deutlichen Unterschiede gegenüber dem Land Wien.

	Gesamt		Privatpersonen		Bund / Land / Gemeinde		Gemeinnütz. Bauverein.		Sonstige Unter- nehm.*	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
Österreich	3.863.262	100	2.879.321	74,5	346.892	9,0	420.626	10,9	216.423	5,6
Niederösterreich	738.235	100	624.395	84,6	60.412	8,2	8.390	1,5	17.584	2,4
Wien	910.745	100	475.423	52,2	231.881	25,5	121.559	13,3	81.882	9,0
Bezirk Baden	62.743	100	49.573	79,0	3.637	5,8	7.842	12,5	1.691	2,7

* andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, andere Eigentümer (Vereine) und sonstige Unternehmen

Tabelle 3: Wohnungen nach EigentümerIn in Österreich, NÖ, Wien und Bezirk Baden, GWZ 2001; Quelle: Statistik Austria 2007b

Verglichen mit dem Bezirk Baden und dem Bundesland Niederösterreich weist Baden wegen eines höheren Anteils an Mietwohnungen und einer stadttypischen Haushaltsstruktur einen höheren Anteil an kleineren Wohnungen auf (Anteil an Ein- und Zweiraumwohnungen von 14,9% gegenüber 11,3% im Bezirk und 8,3% in Niederösterreich) (vgl. Statistik Austria 2009j; siehe Anhang 4, Tabelle 4.11).

Vergleicht man die Fertigstellungen an Gebäuden mit Wohnungen im Zeitraum zwischen 1993 und 2002 (siehe Anhang 4, Tabelle 4.27), dann fallen die deutlich höheren Schwankungen in der Stadtgemeinde Baden gegenüber dem Bezirk und dem Land auf. Zwischen den Jahren 1994 und 1996 wurden zwei- bis dreimal so viele Gebäude mit Wohnungen erstellt als im Jahr 1993 – Werte, die später nicht mehr erreicht wurden (1999 Indexwert 147,2); zuletzt (2002) wurde der Wert von 1993 wie auch in den Jahren 1997/1998 unterschritten.

Aus den geschätzten Zuwanderungen entsteht in den Wachstumsgebieten erhöhter Wohnraumbedarf (siehe Tabelle 4).

	Österreich		Wien		Wr Umland-Süd		Bezirk Baden	
	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100	absolut 2031	Index 2001 = 100
Wohnungen	3.851.196	115	852.967	111	149.708	118	64.558	119
davon Hauptwohnsitze	1.523.178	136	436.626	127	54.981	131	23.628	134
Nebenwohnsitze ⁸	2.328.018	105	416.341	98	94.727	111	40.930	112
ohne Wohnsitzbevölkerung	6.759.524	99	1.200.480	101	272.428	110	118.468	110
Neubaubedarf*	482.708		84.874		19.725		---	
Davon Einraum-Wohnungen	3.317		758		10		---	
Zweiraumwohnungen	3.443		152		169		---	
Dreiraumwohnungen	122.263		24.314		5.526		---	
Vierraumwohnungen	185.128		27.321		5.206		---	
Fünf- und Mehrraumwoh- nungen	123.655		25.055		6.969		---	
Zweitwohnsitze	44.903		7.271		1.846		---	

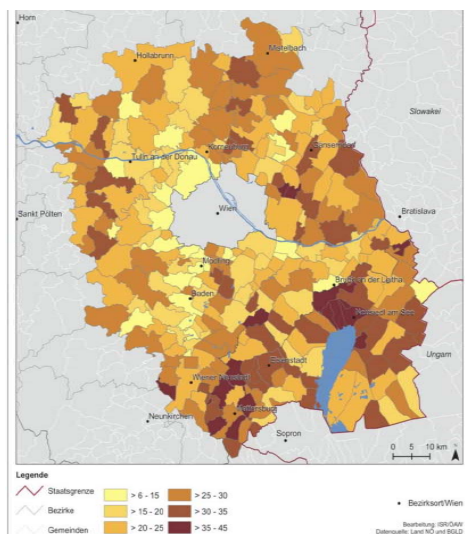
* Szenario 2 – hier wird der Bedarf an Vier-, insbesondere Dreiraumwohnungen deutlich höher eingeschätzt (zu Lasten der Fünfraumwohnungen)

Tabelle 4: Wohnraumprognose (Hauptszenario), Land, Bundesland (NUTS2), Wiener Umland-Süd (NUTS3) und Bezirk Baden, 2001 – 2031; Quelle: ÖROK 2004: 134, 136, 140, 142, 144, 146

⁸ Mit Ferienwohnungen.

Verglichen mit der Kernstadt Wien sind die Bauflächenreserven im Umland – bei aller regionalen Unterschiedlichkeit – jedoch doch deutlich stärker begrenzt (siehe Abbildung 6). Insbesondere die Entwicklungsachse nach Süden, in der die Suburbanisierung zuerst und am intensivsten eingesetzt hatte, sind die Flächenkapazitäten am knappsten. Dieses bedeutet nicht nur jetzt schon erhebliche Belastungen und Nutzungskonflikte, sondern lässt für die zu erwartende Wachstumsphase wenig Entwicklungsspielraum. Diese Potenziale sollten vor allem in qualitativer Hinsicht genutzt werden. Obwohl das Ansiedelungs-Potential und damit auch das Abwerbe-Potential der Stadt Wien sehr hoch ist, sollten innovative Nischen genutzt werden und sich vor allem an den Zielen der modernen Leitmilieus (Etablierte, Postmaterialisten, Moderne Performer), orientiert werden. Daher ist in diesen Gemeinden ein sorgfältiges Flächenmanagement notwendig.

Anteil unbebauter Fläche am gewidmeten Bauland, 2008



Wohnungspotential Wiengemessen am Bestand 2001, 2008

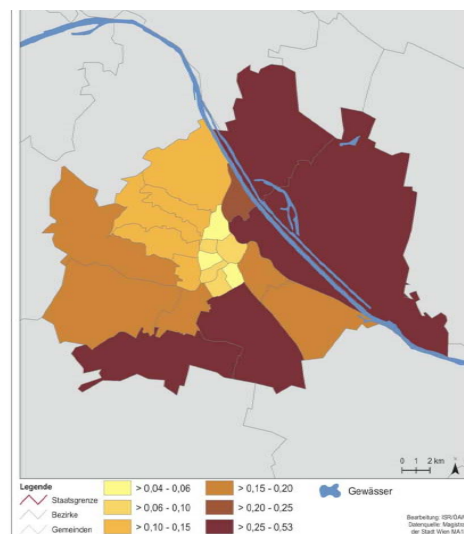


Abbildung 6: Flächenbilanz und Wohnungspotential; Quelle: Görgl 2009

3.4. PendlerInnen-Verflechtung

Die zentrale Bedeutung Badens kommt in der PendlerInnen-Verflechtung zum Ausdruck (siehe Abbildung 7), denn den 8.115 EinpendlerInnen im Jahr 2001 standen 6.642 AuspendlerInnen gegenüber (=Index des PendlerInnen-Saldos: 113,9) (vgl. Statistik Austria 2009i), was sich insbesondere in der PendlerInnen-Verflechtung innerhalb des Bezirks Baden zum Ausdruck kommt (hier stehen 4.201 EinpendlerInnen 1.443 AuspendlerInnen gegenüber)⁹. Auf der anderen Seite wird aber mit der Pendlerverflechtung auch die (abnehmende) Dominanz Wiens deutlich, denn 3.170 BadenerInnen pendelten in ein anderes Bundesland (davon 3.043 = 96,0% allein nach Wien), während nur die Hälfte aus einem anderen Bundesland einpendelte (1.614) (vgl. Statistik Austria 2009i).¹⁰

⁹ Diese Dominanz kommt auch in den PendlerInnen-Verflechtungen innerhalb des Bundeslandes zum Ausdruck, denn 2.300 Personen sind aus anderen Politischen Bezirken Niederösterreichs nach Baden gependelt, während nur 1.942 Personen den umgekehrten Weg hatten.

¹⁰ Diese auch als „Emanzipation“ bezeichnete Entwicklung (vgl. Brake et al. 2001b) ist für eine Gemeinde wie Baden als Bezirkszentrum in einer Metropolregion seit den 1990er Jahren typisch.

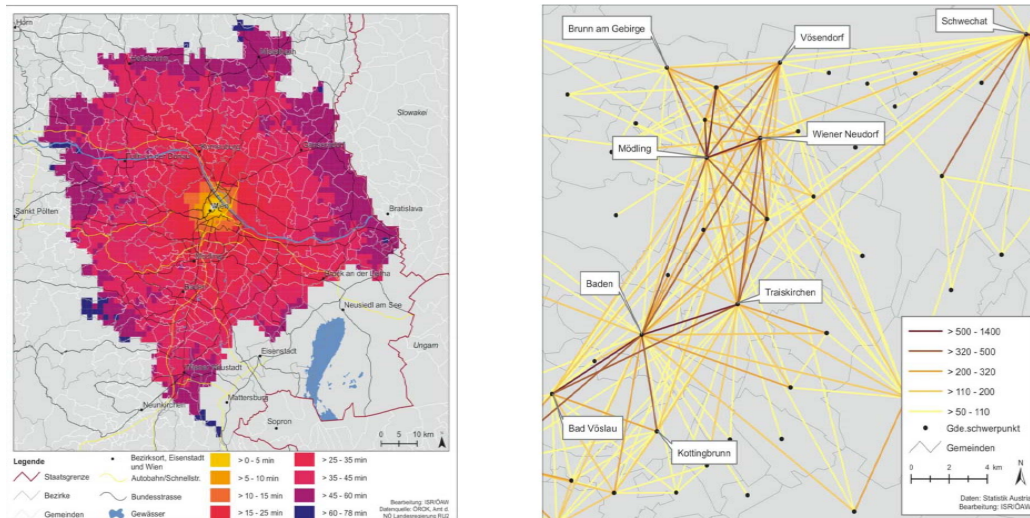
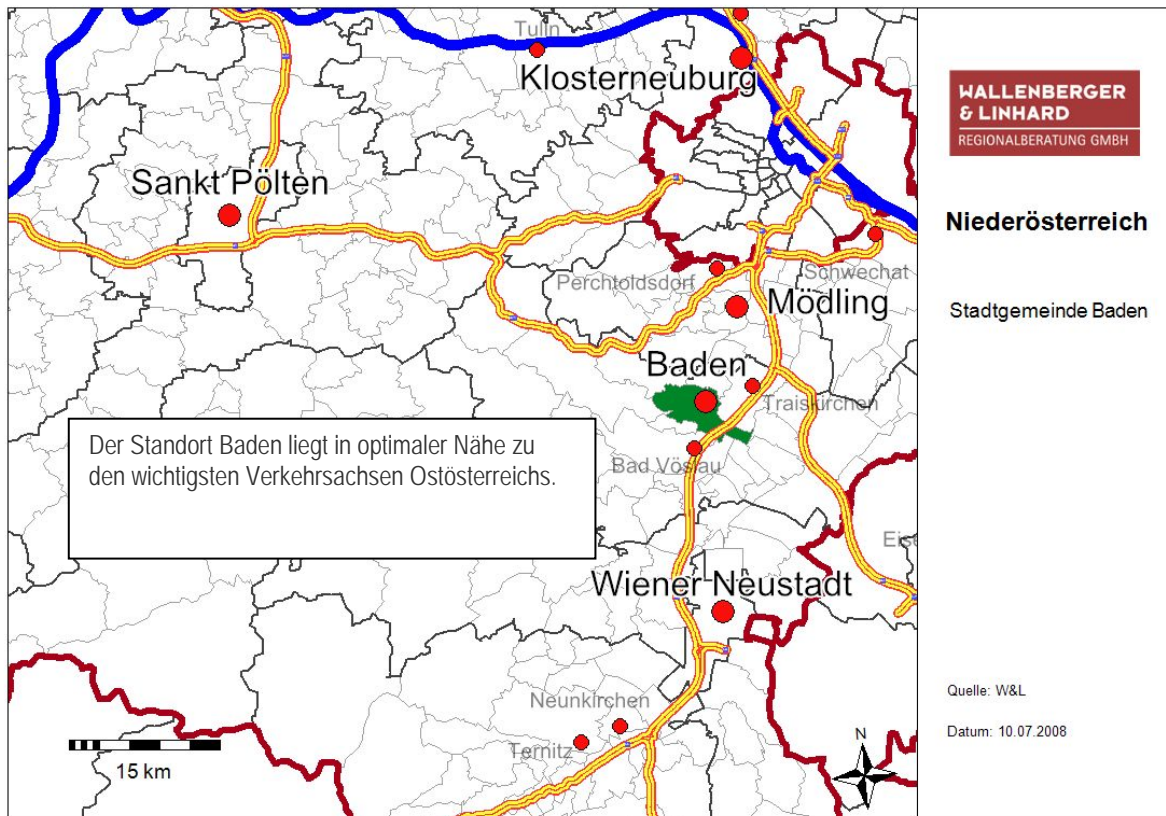


Abbildung 7: MIV-Erreichbarkeiten in der Region Wien und Pendelverflechtungen in der Südachse der Region Wien; Quelle: Görgl 2009

3.5. Badens Wirtschaft im regionalen Kontext

Die Ausgangssituation für die Stadt Baden als Wirtschaftsstandort ist günstig. Kennzeichnend ist die zentrale Lage am Südkorridor mit einer relativen Nähe zu Wien. Die Bezirkshauptstadt Baden ist Teil des südlichen Suburbanisierungsbereichs von Wien. Zudem erfolgte eine Standortaufwertung durch den Südkorridor Wr. Neustadt, den Ostkorridor Wien-Schwechat-Bratislava und in Richtung Ungarn. Aufgrund der räumlichen Lage, im Kern eines seit Jahrzehnten wachsenden Wirtschaftsraumes, ist Baden ein attraktiver Standort. Die innerregionalen Erreichbarkeitsverhältnisse sind durch die Lage an der Nord-Süd-Hauptverkehrsachse (Süd Autobahn A2, Südbahn) und die Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz (Wien-Bratislava, Graz-Slowenien) sowie die Wiener Außenring Autobahn A21 (St. Pölten, Salzburg) sehr gut.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen und Wohnraum sowie deren Preisentwicklung sind Indikatoren die diese Entwicklung bestätigen. Mit seinem Einzugsgebiet verfügt die Stadt Baden über ein starkes Potenzial an einzelhandelsrelevanter Kaufkraft. Wichtige Prognoserechnungen gehen von einer weiteren Steigerung aus.



Aufgrund der Lage an der wichtigen Nord-Süd Achse und der Nähe und verbesserten Erreichbarkeit des Flughafen Wien/Schwechat, verfügen Baden und das Umland auch längerfristig über ein enormes Standortpotenzial. Zu den Stärken zählten auch die vorhandenen Forschungseinrichtungen und das Bildungs- und Qualifizierungsangebot.

Das wirtschaftliche Umfeld von Baden ist gekennzeichnet durch eine dynamische Entwicklung. Das Industrieviertel ist seit Jahrzehnten Motor der niederösterreichischen Wirtschaftsentwicklung. Von den 42.303 Mio. Euro Bruttoregionalprodukt Niederösterreichs wurden im Jahr 2007 in der NUTS III Region Wiener Umland Süd 12.041 Mio. Euro erwirtschaftet. Die Region hat eine sehr gute Beschäftigungsentwicklung, weist allerdings auch eine hohe durchschnittliche Arbeitslosigkeitsverweildauer auf.

Die regionale Wirtschaftsstruktur wird vom Dienstleistungssektor und einem überdurchschnittlich hohen Anteil des industriell-gewerblichen Sektors geprägt. Einige der Betriebe in der Stadt Baden wie die NÖM AG, die Stadtgemeinde Baden und die Sparkasse Baden gehören zu den größten Arbeitgebern des Bezirkes.

Der Arbeitsmarktbezirk Baden entspricht dem nördlichen und östlichen Teil des politischen Bezirks Baden und besteht aus 22 Gemeinden, darunter die vier Städte Bad Vöslau, Baden, Ebreichsdorf und Traiskirchen. Bevorzugte Siedlungs- und Arbeitszentren des zentral im Süden Wiens gelegenen Bezirkes sind die Bereiche entlang der Südbahn. Im Bezirkshauptort Baden, sowie in Traiskirchen und Bad Vöslau wohnt etwa die Hälfte aller Einwohner/innen und arbeiten über 60% aller Erwerbstätigen des Bezirkes. Kleinere Wohn- und Arbeitsschwerpunkte im Osten bilden die Gemeinden Ebreichsdorf und Pottendorf.

Im Arbeitsmarktbezirk Baden waren im Jahr 2009 insgesamt 11.250 Männer und 7.696 Frauen beschäftigt. Das Medianeinkommen in Baden betrug 1.827 Euro und lag um + 1,8 % über dem niederösterreichischen Einkommensniveau.

Die wichtigsten Wirtschaftsklassen sind: Herstellung von Waren, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, und der Bau. Wobei die größten Veränderungen in folgenden Wirtschaftsklassen stattfanden:

Veränderung wichtiger Wirtschaftsklassen Im Arbeitsmarktbezirk Baden	Beschäftigte 2009	Veränderung 2005-09 in%
Herstellung von Waren	4.328	-13,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3.852	-8,4
Bau	1.897	+13,6
Verkehr und Lagerei	1.155	+ 6,3
Beherbergung und Gastronomie	1.138	- 12,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	983	+ 26,7
Erbringung freiberuflicher, wissenschaftliche und techn. Dienstleistung	978	+ 11,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	878	- 23,9
Gesundheits- und Sozialwesen	851	+ 13,2
Kunst, Unterhaltung und Erholung	202	- 36,7

Quelle: Arbeitsmarktdatenbank des AMS Österreich und des BMASK

Ein wichtiger spezifischer Indikator für den Wirtschaftsstandort und für die Stärke der lokalen Wirtschaft ist die Kommunalsteuer. Diese ist eine arbeitsplatzbezogene gemeindeeigene Steuer und ist abhängig vom Umfang der örtlichen Wirtschaft und von der Zahl der Arbeitsplätze. (Ersetzt seit 1994 Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer.) Im Jahr 2009 betrug das gesamte Kommunalsteueraufkommen im Bezirk Baden 28.371.000 Euro. Davon entfielen auf die Stadt Baden knapp über 20%, in Euro sind dies 5.760.000.

Kommunalabgabe in € pro EinwohnerIn	2000	2003	2006	2009
Gemeinde	203	198	212	229
Gemeinden im Bezirk	166	161	183	195
Gemeinden in NÖ	115	121	136	149

Quelle: Quickcheck W&L Regionalberatung 2010

Baden liegt mit dem pro Kopf Einnahmen aus der Kommunalsteuer deutliche über dem Bezirks- und Landesschnitt. Erbracht wird die Wirtschaftsleistung in den 1.831 aktiven Betriebsstandorten Badens. Die Stadt Baden als Wirtschaftsstandort wird längst nicht mehr vom Tourismus alleine geprägt.

	aktive Betriebsstandorte gesamt		Gewerbe und Handwerk		Industrie		Handel	
	1995	2009	1995	2009	1995	2009	1995	2009
Niederösterreich	54.277	88.348	22.593	36.608	1.906	2.017	26.413	34.181
Bezirk Baden	4.989	8.046	2.141	3.181	169	153	2.387	2.968
Baden	1.259	1.831	545	673	23	17	614	615

	Bank und Versicherung		Transport und Verkehr		Tourismus und Freizeitwirtschaft		Information und Consulting	
	1995	2009	1995	2009	1995	2009	1995	2009
Niederösterreich	1.283	1.205	3.817	4.916	9.496	12.763	-	15.359
Bezirk Baden	77	79	289	402	796	1.155	-	1.690
Baden	19	21	62	63	205	286	-	450

Quelle: WK NÖ

Die Einkaufsstadt Baden hat eine regionale Bedeutung. Trotz des enormen Angebotes an Handelsagglomerationen in unmittelbarer Nähe gelingt es dem Handelsstandort seine Wettbewerbsfähigkeit zu halten, wenn auch immer schwerer. Das Kaufkraft-Volumen beträgt in Baden für die 19 wichtigsten Warengruppen rund € 144 Mio. (KANO 2006). Etwa 72 % der gesamten Kaufkraft aller Haushalte in Baden kann am Ort gebunden werden. Im „Kurzfristigen Bedarfsbereich“ liegt die Kaufkraft-Eigenbindung am höchsten (87 %), im „Langfristigen Bedarfsbereich“ am niedrigsten (59 %).

Ein Großteil der Kaufkraft-Abflüsse wandert in die Agglomeration Vösendorf-SCS (€ 17,2 Mio.), hauptsächlich im „Mittel- und Langfristigen Bedarfsbereich“. Im „Kurzfristigen Bedarfsbereich“ sind Kaufkraft-Abflüsse nach Bad Vöslau (€ 2,3 Mio.) und nach Wien (€ 2,2 Mio.) festzustellen.

Das größte Marktgebiet weist Baden bei Gütern des langfristigen Bedarfs auf, rund 83.000 Einwohner zählen zum „Fernmarktgebiet“. Die wirksame Kaufkraft beträgt insgesamt € 196,9 Mio. Mehr als die Hälfte des Umsatzes stammt von KonsumentInnen aus Baden. Bei vielen Warengruppen wird ein Großteil der wirksamen Kaufkraft in der Innenstadt erwirtschaftet. Die Gesamt-Einzelhandelszentralität liegt bei 137.

Die Stadt Baden ist auch das Flaggschiff im Wienerwald Tourismus 2010 war die Stadt trotz eines Minus von 2,7 Prozent mit 393.000 Nächtigungen die Nummer eins unter den NÖ Tourismusgemeinden. Badens Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist zudem geprägt von einem starken Kurangebot und vom größten Casino Österreichs. Der Wettbewerbsdruck hat enorm zugenommen und fordert den Tourismusstandort Baden heraus sich neu und nachhaltig zu positionieren.

4. Soziodemografische Rahmenbedingungen

4.1. Bevölkerungsentwicklung

Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (15.5.2001) lebten in Baden 24.502 Menschen (54,0% Frauen und 46,0% Männer; vgl. Statistik Austria 2009e). Nur knapp die Hälfte von ihnen (47,9%) sind erwerbstätig (11.746 Erwerbspersonen), von den Erwerbstätigen sind 8.923 Menschen (=76,3%) Vollzeit erwerbstätig. Nachdem die Einwohnerzahl Badens bis zum Jahr 2004 mit wachsender Tendenz zunahm, ist seither diese Tendenz rückläufig und die Stadt musste im Jahr 2008 erstmals sogar absolute Bevölkerungsverluste hinnehmen (-71 E, vgl. Statistik Austria 2009b; siehe auch Anhang 3). Damit wurde erstmals der durchgängig negative natürliche Bevölkerungssaldo (-95 E im Jahr 2008) nicht durch Zuwanderungsgewinne (32 E) ausreichend kompensiert. Der seit dem Jahr 2004 konstant rückläufige Wanderungssaldo setzt sich zu etwa gleichen Teilen aus rückläufigen Binnenwanderungen (innerhalb Österreichs) und Außenwanderungen (zwischen Österreich und dem Ausland) zusammen (vgl. Statistik Austria 2009b).

Baden gilt als „überalterte“ Gemeinde, was sich im Vergleich des Anteils der über 64jährigen mit dem Bezirk Baden zeigt (siehe Tabelle 5). Dieser relativ hohe Anteil geht aber nicht zu Lasten des Anteils der Kinder sondern nahezu ausschließlich zum Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

	Stadt Baden*		Bezirk Baden**	
	absolut	in %	absolut	in %
Bevölkerungszahl insgesamt	25.194	100,0	136.283	100,0
davon				
bis unter 15 Jahren	3.518	14,0	21.245	14,8
15 bis 64 Jahre	16.060	63,7	91.694	68,1
65 Jahre und älter	5.616	22,3	23.344	17,1

Tabelle 5: Einwohnerzahl und grober Altersaufbau, Stadtgemeinde Baden und Bezirk Baden, 31.12.2008

Quellen: * Statistik Austria 2009c, siehe auch Anhang 3; ** Statistik Austria 2009d, eigene Berechnungen

Zum Zeitpunkt der Volkszählung 2001 gab es in Baden 11.713 Haushalte, wobei 41,4% aller Haushalte (4.855) Einpersonenhaushalte waren (entspricht 19,8 der Wohnbevölkerung), weitere 30,6% aller Haushalte waren Zweipersonenhaushalte (entspricht 29,2% der Wohnbevölkerung) (siehe Tabelle 6). In nur 3.840 Haushalten lebten im Jahr 2001 mindestens ein Kind (= 32,8%), worunter 1.171 dieser Haushalte (= 30,5%) von Alleinerziehenden geführt wurde (vgl. Statistik Austria 2009f, eigene Berechnungen).

	Haushalte		BewohnerInnen in Haushalten	
	absolut	in %	absolut	in %
Einpersonen-HH	4.855	41,4	4.855	19,8
Zweipersonen-HH	3.583	30,6	7.166	29,2
Dreipersonen-HH	1.632	13,9	4.896	20,0
Vierpersonen-HH	1.136	9,7	4.544	18,5
Fünfpersonen-HH und mehr	495	4,2	2.690	11,0
gesamt	11.713	100,0	24.502	100,0

Tabelle 6: Haushaltsstruktur, Baden, VZ 2001, Quelle: Statistik Austria 2009f

4.2. Sozialer Status

Von den BadenerInnen im Alter über 14 Jahre hatten im Jahr 2001 12,4% einen Universitäts- oder (Fach-)Hochschulabschluss, während 27,9% maximal die allgemeinbildende Pflichtschule besucht haben (vgl. Statistik Austria 2009f)¹¹. Dennoch haben die Gemeinden nördlich von Baden (Hinterbrühl, Mödling, Perchtoldsdorf) sowie das westliche Umland von Wien, das sich bis Klosterneuburg und Stockerau heraufzieht, ein höheres Netto-Pro-Kopf-Einkommen als Baden selbst (siehe Abbildung 8a). Die Akademikerquote zeigt deutliche Unterschiede entlang der Kante des Wienerwaldes (mit westlich davon höheren Konzentrationen (siehe Abbildung 8b), während sich die Arbeitslosigkeit deutlich in bestimmten Bezirken Wiens und überdurchschnittlich entlang der Südautobahn bis ins Industrieviertel niederschlägt (siehe Abbildung 8c).

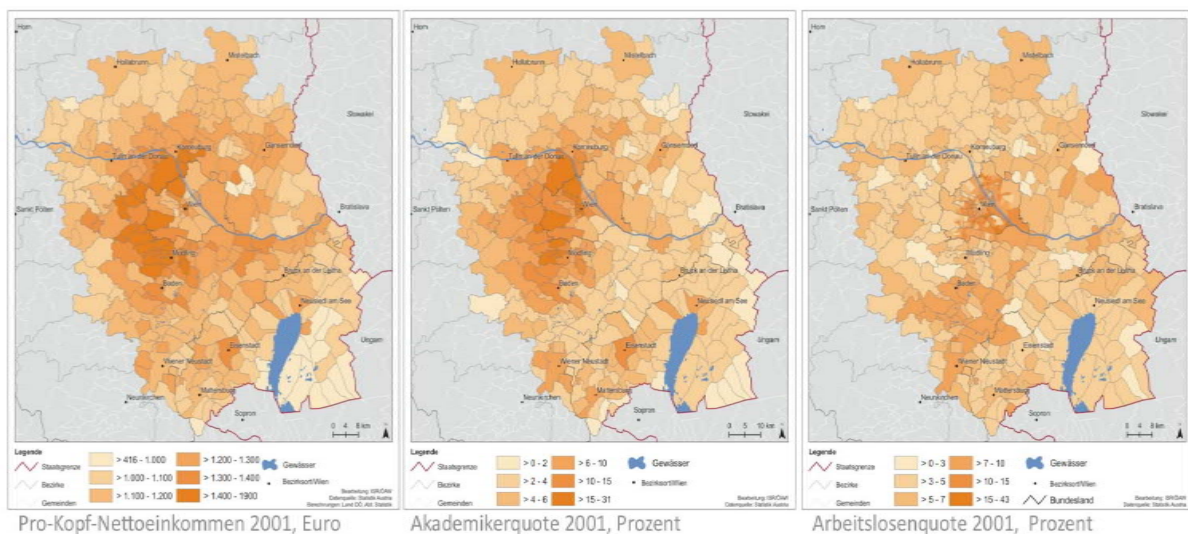


Abbildung 8: Merkmale des sozialen Status, 2001; Quelle: Görgl 2009

4.3. AusländerInnen-Anteil

In Baden lebten am 1.1.2009 3.263 Menschen ohne österreichischen Pass. Damit hat die Stadt mit 13,0% einen eher durchschnittlichen AusländerInnen-Anteil. Von den Nicht-ÖsterreicherInnen kommen mehr als ein Drittel (35,1%) aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien), aus EU-14 sind es nur 23,1%, während aus den Beitrittsländern 2004 11,4% und aus den Beitrittsländern 2007 immerhin 5,9% der Nicht-ÖsterreicherInnen stammen. Letztere werden noch von den AsiatInnen (7,8%) übertroffen (vgl. Statistik Austria 2009c, siehe auch Anhang 3). Ihre Erwerbsquote ist mit 51,3% leicht höher als bei den ÖsterreicherInnen (vgl. Statistik Austria 2009e, eigene Berechnungen).

4.4. Zuzüge und Fortzüge

Die Analyse der Umzüge erfolgt auf der Basis einer Access-Datei mit den Zuzügen, den Umzügen und den Fortzügen (seit 1999, siehe Tabelle 7) und den Ergebnissen der Probezählung aus dem Jahr 2006. Die Zahl der Zuziehenden war – gemessen an den schwankenden Baufertigstellungen – über den betrachteten Zeitraum relativ stabil (deutlich über 2.500 im Jahr, mit 3.030 als Maximum im Jahr 2001 und 2.398 im Jahr 2007 als Minimum). Auch die Zahl der

¹¹ Aufgrund des Altersausschnitts (ab 15 Jahre) kann sich der Anteil an höheren Qualifikationsstufen noch erhöhen.

Fortgezogenen ist bis zum Jahr 2005 überraschend stabil (um die Zahl 2.300)¹², steigt aber seit dem Jahr 2007 deutlich an, sodass seither der Saldo unter 100 fällt. Dennoch ist der Migrationssaldo weiterhin positiv.

Umzugsjahr	Zuzüge	Fortzüge	Migrationssaldo
1999	2653	2289	364
2000	2800	2662	138
2001	3030	3538	-508
2002	2706	2373	333
2003	2709	2378	331
2004	2762	2287	475
2005	2639	2321	318
2006	2511	2379	132
2007	2398	2334	64
2008	2635	2544	91
2009	2572	2458	114
2010	226	215	11
Gesamt	29641	27778	1863

Tabelle 7: Umzüge, Fortzüge und Migrationssaldo, Baden, 1999-2010¹³;
Quelle: Eigene Berechnungen

Nach der Meldedatei bestand der Zuzug nach Baden bis Ende der 1980er Jahre nahezu ausschließlich aus ÖsterreicherInnen, ergänzt durch hoch qualifizierte WesteuropäerInnen (nach den erfassten Titeln zu urteilen) ab dem 40 Lebensjahr, insbesondere Deutsche. Ein großer Teil der Zuziehenden kam aus Wien, die hoch qualifizierten WesteuropäerInnen kamen oftmals direkt aus dem Ausland. Nach dem Beitritt Österreichs in die EU und zum Schengen I-Abkommen hat sich der Zuzug der damaligen EU-BürgerInnen moderat verstärkt und ist hinsichtlich des nationalen Hintergrundes etwas vielfältiger geworden; dabei hat sich der Zuzug von Deutschen leicht verstärkt.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre haben in Österreich insgesamt zu einer hohen Zuwanderung aus Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kroatien geführt; was sich auch deutlich in den Zuwanderungen nach Baden zeigt: Mit dem Schengen II-Abkommen ab dem Jahr 1997 hat sich die bereits vorher einsetzenden Zuwanderungen aus Mittel- und Südosteuropa sowie durch Schengen-BürgerInnen deutlich befördert (siehe Tabelle 8; hier sind die wichtigsten Nationalitäten aufgeführt).

¹² Das Jahr 2001 stellt insofern eine Ausnahme dar, als in diesem Jahr die Rückwanderung ins Heimatland für viele der als „Gastarbeiter“ angeworbenen Menschen durch finanzielle Rückkehr-Anreize attraktiv gemacht worden; hier lag die Zahl der Fortzüge um ca. 1.000 Personen über den sonstigen Jahresdurchschnitt.

¹³ Für das Jahr 2010 ist nur der Zeitraum bis Ende April erfasst.

Nationalität	1	2	3	4	5	6	7
Österreich	18726	67,1%	-	17955	68,4%	-	771
Deutschland	1313	4,7%	14,3%	1058	4,0%	12,8%	255
Polen	1068	3,8%	11,6%	1060	4,0%	12,8%	8
Rumänien	894	3,2%	9,7%	791	3,0%	9,5%	103
Slowakei	757	2,7%	8,3%	603	2,3%	7,3%	154
Bosnien und Herzegowina	709	2,5%	7,7%	708	2,7%	8,5%	1
Serbien und Montenegro	685	2,5%	7,5%	508	1,9%	6,1%	177
Ungarn	471	1,7%	5,1%	451	1,7%	5,4%	20
Serbien	432	1,5%	4,7%	278	1,1%	3,4%	154
Kroatien	412	1,5%	4,5%	441	1,7%	5,3%	-29
Türkei	365	1,3%	4,0%	434	1,7%	5,2%	-69
Jugoslawien (G)	350	1,3%	3,8%	538	2,1%	6,5%	-188
Russische Föderation	318	1,1%	3,5%	231	0,9%	2,8%	87
Albanien	242	0,9%	2,6%	157	0,6%	1,9%	85
Bulgarien	204	0,7%	2,2%	190	0,7%	2,3%	14
Tschechische Republik	174	0,6%	1,9%	172	0,7%	2,1%	2
Ukraine	154	0,6%	1,7%	117	0,4%	1,4%	37
U.S.A.	152	0,5%	1,7%	158	0,6%	1,9%	-6
China	132	0,5%	1,4%	104	0,4%	1,3%	28
Italien	117	0,4%	1,3%	102	0,4%	1,2%	15
Armenien	115	0,4%	1,3%	77	0,3%	0,9%	38
Vereinigtes Königreich	108	0,4%	1,2%	106	0,4%	1,3%	2
Gesamt	27898	100,0%	100,0%	26239	100,0%	100,0%	1659

Tabelle 8: Zu- und Fortgezogene, 1999 - 2010, Baden, nach Nationalität

1. Anzahl der Zugezogenen
2. Anteil an allen Zugezogenen (N = 27.898) in %
3. Anteil an allen zugezogenen AusländerInnen (N = 9.162), in %
4. Anzahl der Fortgezogenen
5. Anteil an allen Fortgezogenen (N = 26.239) in %
6. Anteil an allen fortgezogenen AusländerInnen (N = 8.284), in %
7. Saldo aus Zu- und Fortzügen, 1999 - 2010

Zwei Drittel aller Zugezogenen nach Baden haben eine österreichische Staatsbürgerschaft (67,1%). Unter den zugewanderten AusländerInnen sind die Deutschen am stärksten vertreten – jeder Siebente der Nicht-ÖsterreicherInnen stammte aus dem nord-westlich gelegenen Nachbarland (14,3%), gefolgt von PolInnen (11,6%), RumänInnen (9,7%) und SlowakInnen (8,3%). TürkInnen folgen erst an 10. Stelle (4,0%) – alle anderen kommen aus kulturell vertrauten Regionen (das deutliche Übergewicht aus den Regionen, die einstmals die Österreichisch-Ungarische Monarchie gebildet hatten).

Die Relationen der Fortzüge sind ähnlich – auch hier bilden die ÖsterreicherInnen zwei Drittel der Fortgezogenen (68,4%). Unter den Ausländern führen erneut die Deutschen (allerdings ex equo mit den PolInnen – 12,8%) vor Men-

schen aus „vertrauten“ Nachbarländern. Nur vier Nationalitätsgruppen weisen einen negativen Wanderungssaldo auf: die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien¹⁴, aus der Türkei (Rückkehr-Anreize), aus Kroatien (Konsolidierung im Herkunftsland) und aus den U.S.A.

Anlässlich der Probezählung 2006¹⁵ wurde in der Amtlichen Statistik die Zahl der Badener dokumentiert, die innerhalb eines Jahres umgezogen ist (siehe Tabelle 9). Bei den relativ hohen Zuwanderungen „aus einem anderen Bundesland“ dürfte ein relativ hoher Wien-Faktor wirksam gewesen sein. Es gibt in der Statistik jedoch keinen Hinweis auf die Zusammensetzung und soziale Lage der Haushalte, die nach Baden zugezogen sind.

Einwohner: 24.502 / Mobilitätsrate 9,5%	absolut	in %
nicht umgezogen	22.624	90,5
innerhalb Badens umgezogen	996	4,0
zugezogen aus einer Gemeinde des Bezirks Baden	441	1,8
zugezogen aus einem anderen Politischen Bezirk in NÖ	233	0,9
zugezogen aus einem anderen Bundesland	454	1,8
zugezogen aus dem Ausland	263	1,1

Tabelle 9: Umzüge der Badener zwischen 31.10.2005 und 31.10.2006; Quelle: Statistik Austria 2009h

Die Zu- und Fortzüge nach und von Baden wurden auf der Basis der Meldedaten zwischen 1999 und 2010 auch in ihrer regionalen Bedeutung analysiert (siehe Abbildungen 10 und 11). In den Abbildungen wurden die „wesentlichen“ Gemeinden erfasst, d.h. alle, in denen die Zu- resp. Fortzüge mindestens 50 Fälle umfasst haben¹⁶ (wobei die Bezirke Wiens getrennt gezählt wurden). Beide Abbildungen zeigen deutlich sowohl die Einbettung Badens in das suburbane Geschehen der Südachse Wiens (wobei die der Achse zugewandten Gemeindebezirke Wiens eine höhere Verflechtungsrate zeigen als die „abgewandten“), als auch die „eigenständige“ Suburbanisierung in Badens Relationen zu Traiskirchen, Bad Vöslau, Kottlingbrunn und Pfaffstätten. Letzteres weist auf den hohen „Emanzipationsgrad“ Badens von Wien hin (vgl. Bade et al. 2001).

¹⁴ Hier sind Zusammenhänge mit dem Zeitraum der Zu- resp. Abwanderung zu vermuten. Anfangs wurde in der Statistik nur das zerfallende Jugoslawien vermerkt, erst später wurde nach den neu sich konstituierenden Staaten gezählt.

¹⁵ Aufgrund des Registerzählungsgesetzes BGBl I Nr. 33/2006 österreichweit vorgenommene Probezählung auf der Basis des Zugriffs auf 43 Verwaltungsregister. Diese Vorgehensweise wird künftig die Volkszählung in Österreich ersetzen.

¹⁶ Quell- und Zielgebiete außerhalb der südlichen Entwicklungsachse wurden grafisch nicht dargestellt; das sind zum einen Graz (167 Zuzüge), Linz (84) und Salzburg (74), aber auch Krakau (101), Breslau (87), Banja Luka (75), Moskau (68), Budapest (62), Berlin (61), Bratislava (60), München (56), Skawina (56), Sofia (56) und Kazimierz Wielka (51) – letztere weisen auch hohe Fortzugszahlen auf.

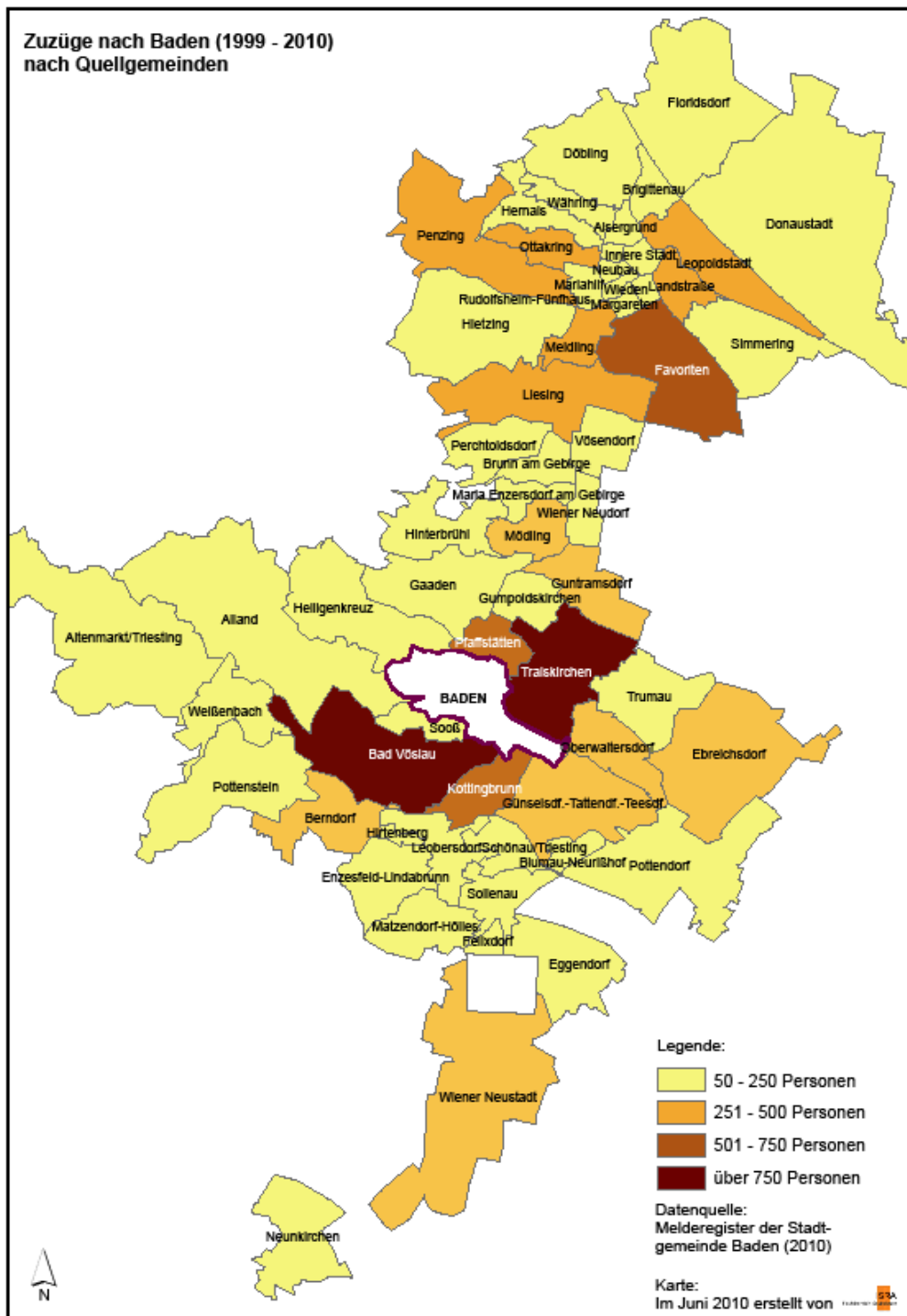


Abbildung 10: Zuzüge nach Baden, nach Quellgemeinden, 1999 – 2101

Quelle: Eigene Berechnungen

Auffallend ist die Ähnlichkeit der Schwerpunkte der Zu- und Fortzüge, wobei die Fortzüge sich etwas stärker auf den suburbanen Raum Badens konzentrieren und die Zielgebiete in Wien gegenüber den Quellgebieten gleichmäßiger verteilt sind.

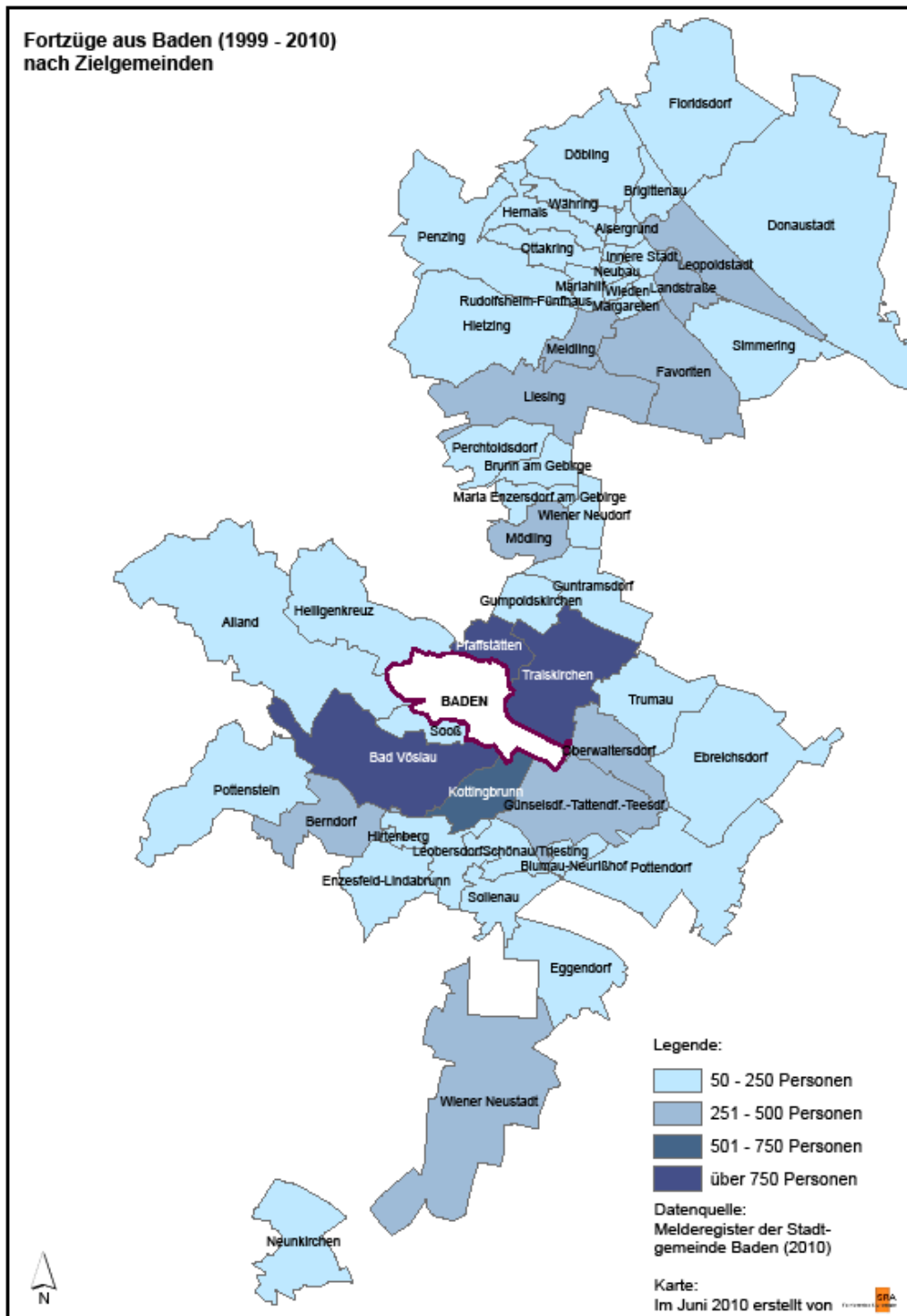


Abbildung 11: Fortzüge aus Baden, nach Zielgemeinden, 1999 – 2010
Quelle: Eigene Berechnungen

4.5. Entwicklung des Wohnbaubestandes

Die Stadtgemeinde Baden verfügte zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung im Jahr 2001 über 14.254 Wohnungen, wovon 11.522 als Hauptwohnsitze angegeben wurden (= 80,8%), mit 1.543 relativ viele Wohnungen als Nebenwohnsitze (= 10,3%) und für 1.139 Wohnungen (= 8,3%) keine Angabe gemacht wurde (Statistik Austria 2009); siehe Anhang 4, Tabelle 4.10). Da zum gleichen Zeitpunkt in Baden 11.713 Haushalte als Hauptsitz-Haushalte gemeldet wurden (vgl. Statistik Austria 2009f), kann der Markt quantitativ als ausgeglichen betrachtet werden. Es macht jedoch wenig Sinn, die Statistischen Daten der Wohnungsgrößen denen der Haushaltsgrößen gegenüber zu stellen, um eine mögliche qualitative Unter-Ausstattung zu konstatieren, da – zumal vor dem Hintergrund einer eher älteren Bevölkerung und einer doch stark unterschiedlichen Einkommensverteilung – ein mismatch (Ein- oder Zweipersonenhaushalt in einer Wohnung mit mehr als fünf Zimmern lebend) nicht auszuschließen ist.

Betrachtet man den Wohnbau in Baden über die vergangenen 30 Jahre, fallen die starken Schwankungen mit Spitzen Mitte der 1990er Jahre sowie 1999 und 2001 auf, während zwischen 1985 und 1993 demgegenüber wenige Wohnungen fertiggestellt wurden (siehe Abbildung 12). Die Unterschiede beruhen vor allem auf den Schwankungen im Geschosswohnungsbau (zuletzt Melkergründe), jedoch weisen auch die Fertigstellungen von Ein- und Zweifamilienhäusern große Unterschiede auf: In den Jahren 2008 und 2009 sind die Fertigstellungen in diesem Segment deutlich höher als zwischen 2003 und 2007.

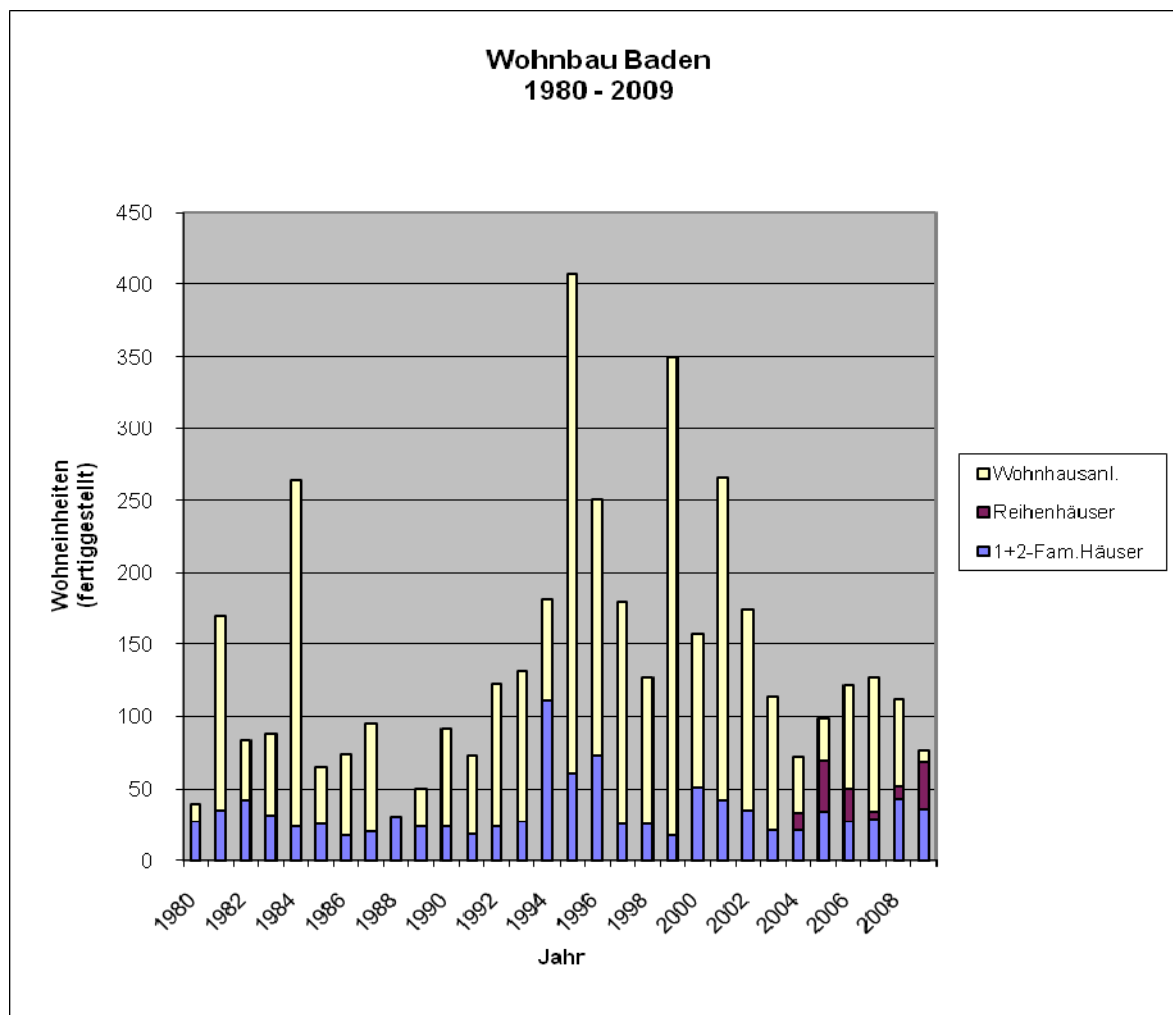


Abbildung 12: Fertigstellungen, nach Wohnungstyp, Baden 1980-2009

5. Die Bedeutung sozialer Milieus

Im Folgenden wird auf die Bedeutung sozialer Milieus für die Erklärung und das Verstehen von Einstellungs- und Verhaltensunterschieden in der Bevölkerung eingegangen.

5.1. Von der Notwendigkeit zur Neu-Orientierung

Nicht alle Menschen sind gleich. Auch wenn es grundlegende Aspekte gibt, die alle Menschen anstreben (sog. Grundbedürfnisse wie das Stillen von Hunger, ein Dach über dem Kopf, Sicherheit, soziale Akzeptanz und Einbindung), so unterscheiden sich Menschen jedoch in vieler Hinsicht (beispielsweise in ihrer Vorstellung vom „guten Leben“, dem angemessenen Wohnort, dem „richtigen“ Auto, der Familien- und/oder Karriereorientierung, d.h. in ihren grundlegenden Wertorientierungen und Alltagseinstellungen zur Arbeit, Familie, Freizeit, Konsum, Geld etc.).

Um die Unterschiede beispielsweise zwischen BewohnerInnen einer Stadt erklären und soziale Gruppen mit Personen benennen zu können, die sehr ähnliche Vorstellungen und Verhaltensweisen zeigen, wurde in den Sozialwissenschaften soziodemographische (Alter, Geschlecht, Familienstand, ethnische Position) und sozioökonomische Kategorien (Einkommen, Bildung, berufliche Position, Prestige – meist als soziale Schicht zusammengefasst) gebildet. Bis in die 1970er Jahre hinein haben sich diese Strukturmerkmale als Unterscheidungskategorien bewährt und sind bis heute im Alltagsbewusstsein und in der administrativen Praxis verankert.

Seit den 1970er Jahren findet jedoch in den hoch entwickelten Industriegesellschaften ein zunehmend beschleunigter sozialer Wandel statt, welcher strukturelle Folgen (beispielsweise die gleichzeitige Zunahme von wohlhabender und armer Bevölkerung oder die ‚ageing society‘) hat, die sich in noch stärkerer Weise auch als Wertewandel darstellen. Anfangs wurde das Herauslösen aus den Schichtungsstrukturen als Individualisierung konstatiert (Beck 1983), welche es den Menschen ermöglicht, sich aus seinen normativen und geografischen Bindungen zu lösen und stattdessen die Freiheit gibt, sich seine Wertvorstellungen grundsätzlich und situativ „zusammen zu basteln“, meist jedoch auch verbunden mit dem Zwang, dieses zu tun und dafür die Verantwortung zu tragen. Dieser „Individualisierungsthese“ des ‚disembedings‘ steht seit gut 20 Jahren in der Wissenschaft der Ansatz des „Rück-Bettens“ in Wertegemeinschaften gegenüber. Diese Wertegemeinschaften werden mit „sozialem Milieu“ resp. „Lebensstil“ bezeichnet.¹⁷

Soziale Milieus sind nicht scharf voneinander abgegrenzt. Benachbarte Milieus überlagern sich und Personen können „Grenzgänger“ sein. Die Positionierung zu einem Milieu ist jedoch nicht kurzfristig, spontaner Natur, sondern bringt grundlegende Werthaltungen zum Ausdruck, die sich allenfalls mit einem langen Zeithorizont ändern. Soziale Milieus können in unmittelbarem Kontakt von Personen entstehen und fungieren dort als soziale Gruppe der Schließung gegenüber anderen Milieus, was die eigene Identitätsbildung unterstützt (Mikro-Milieus), sie können aber auch virtuell existieren ohne direkten Kontakt der Personen eines Milieus (Makro- oder Meta-Milieus). Milieus werden nicht „zufällig“ gewählt, sondern werden von der eigenen sozialen Lage¹⁸ bestimmt, d.h. die jeweilige soziale Lage engt den Spielraum möglicher Milieus ein, ohne jedoch Milieus als zwangshafte Folge einer sozialen Lage anzusehen. Das Milieu setzt wiederum die Rahmenbedingungen zu den Lebensstilen und den Alltagspraktiken, ebenfalls ohne diese jedoch eindeutig zu determinieren. Umgekehrt wirkt der Lebensstil auf das Milieu zurück, was auch über das symbolische Kapital möglicherweise die soziale Lage beeinflussen kann (vgl. Dangschat 2007).

¹⁷ Diese beiden Begriffe werden innerhalb der Sozialwissenschaften unterschiedlich definiert. Neben den lediglich auf einzelne Aspekte des Lebens beschränkten rein beschreibenden Lebensstilansätzen (die für eine strategische Anwendung ohnehin ungeeignet sind) sind hier solche gemeint, die einer Lebensstil-Definition von Müller (1989) folgen. Er unterscheidet vier Lebensstil-Aspekte (evaluativ, kognitiv, expressiv, kommunikativ) von denen jedoch die beiden ersten dem Milieu-Ansatz, die beiden letzten dem Lebensstil-Ansatz entsprechen.

¹⁸ Der Begriff „soziale Lage“ wird dann verwendet, wenn es um die Beschreibung von Personen mittels „objektiver“ Strukturmerkmale geht. Dieser Begriff löst insofern den Schichtungsansatz ab, als dieser als zu eng angesehen wurde. Zusätzlich werden in der Regel Merkmale wie Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Nationalität etc. hinzugerechnet. Die sinnvolle Ausweitung auf ein komplexeres Konstrukt von Strukturmerkmalen wird allerdings damit erkauft, dass es keinen Konsens über ein einheitliches Verständnis des Lage-Begriffes gibt.

Nicht nur in den Sozialwissenschaften, sondern auch in der Marktforschung hat man sich weitgehend von den Einteilungen in Schichtungen oder Alters-, Geschlechts- oder Familienstands-Kategorien getrennt und hat schrittweise ein Milieumodell angewendet. Hierbei gibt es zwar einen weitgehenden Konsens, doch hat dieses bislang noch nicht zu einem einheitlichen Milieuansatz geführt. Für die Studie zum Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Baden wurde der Ansatz des Marktforschungsinstituts SINUS Sociovision gewählt. Dieses Institut hat mit 30 Jahren die umfangreichste Erfahrung in diesem Sektor und wendet ihr Modell sowohl in der Grundlagenforschung wie auch im Auftrag von Markenherstellern, Dienstleistern, politischen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden an, um zielgruppenspezifisch vorgehen zu können.

5.2. Der Milieu-Ansatz von SINUS Sociovision

Der Milieuansatz der Marktforschungs-Firma SINUS Sociovision basiert auf zwei großen Dimensionen: Der Sozialen Schichtung (Bildung, berufliche Position, Einkommen) (Y-Achse), welche auch die „passive Dimension“ genannt wird und der Grundorientierung (Lebensziele, Alltagsbewusstsein, Lebensstile), welche die „aktive Dimension“ bildet (X-Achse) (vgl. Plöger et al. 2005: 7). Damit orientiert sich das Unternehmen in ihren nachfragedifferenzierenden Überlegungen am Lebenswelt-Ansatz. D.h. die „Sinus-Milieus gruppieren Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweisen ähneln. Grundlegende Wertorientierungen gehen dabei ebenso in die Analyse ein wie Alltagseinstellungen – zur Arbeit, zur Familie, zur Freizeit, zu Geld und Konsum“ (Schipperges 2006: 1) „Somit sind die Milieus ‚Gruppen Gleichgesinnter‘, die nicht wie bei soziodemografischen Zielgruppendefinitionen nach formalen Aspekten verortet werden“ (Kalka & Allgayer 2007b: 10-11). Dabei grenzen sich die Milieus nicht scharf und eindeutig gegeneinander ab, sondern es gibt Berührungspunkte und Bereiche der Überlagerung, weil auch Personen bisweilen „Grenzgänger“ zwischen zwei oder mehreren Milieus sind. Mit der Lebensweltforschung soll „das Alltagsbewusstsein und Alltagshandeln der Menschen“ in den Mittelpunkt gerückt werden, „um gewachsene Gruppierungen (soziale Milieus) zu beschreiben und im Zeitverlauf zu verfolgen“ (Sinus Sociovision 2009: 5).

Mit diesem Ansatz soll das Problem überwunden werden, dass die gängigen Erklärungsmodelle, die auf soziodemografischen (Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Nationalität) und sozioökonomischen Merkmalen aufbauen (Einkommen, Bildung, berufliche Position, Schicht), schrittweise an Erklärungskraft eingebüßt haben. Die Ursachen hierfür werden in der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft im Zuge des sozialen Wandels gesehen, was zu einer Pluralisierung der Wertelandschaften geführt hat. Menschen mit vergleichbarer sozialer Lage resp. demografischer Position („statistische Zwillinge“) können dennoch sehr unterschiedliche Wertvorstellungen haben. Damit werden die Einstellungen und Wertvorstellung zunehmend bedeutsamer, um Verhaltensweisen vorherzusagen. Mittels multivariater statistischer Verfahren wird eine ca. 40 Fragen umfassende Itembatterie abgefragt und Personen zu Milieutypen zugeordnet. Die Typen bauen daher weniger auf „Gleich Strukturierten“, sondern auf „Gleichgesinnten“ auf. Zudem werden die Menschen in einer umfassenden Ganzheitlichkeit erfasst und nicht auf wenige Merkmalsabschnitte reduziert, was die empathische Auseinandersetzung mit den Menschen erleichtert (vgl. Plöger et al. 2005: 2-3): „Im Unterschied zu Lifestyle-Typologien, die vergleichsweise rasch sich ändernde Oberflächenphänomene klassifizieren, erfasst das Milieumodell von Sinus Sociovision eher die Tiefenstrukturen sozialer Differenzierung“ (Sinus Sociovision 2009a: 6).

Dazu arbeitet Sinus auf drei verschiedenen Maßstabsebenen. Die hauptsächliche Ebene ist der Nationalstaat, d.h. Sinus ermittelt Milieus für die gesamte Republik Österreich über die Gemeinsamkeiten der Befürwortung und Ablehnungen von Werten. Für die übergeordnete Ebene (Europa) arbeitet Sinus in einem Netzwerk, in dem die ‚Euro-Styles‘ entwickelt werden. Diese werden nach einheitlichen Kategorien gebildet. Die nationalen Unterschiede zeigen sich in unterschiedlichen Anteilswerten der einzelnen Milieus resp. auch in Abweichungen der Milieustrukturen vom Grundmodell.

Neben der Makro-Ebene wird auch die Mikro-Ebene durch Milieus abgebildet. Hier werden die nationalen Milieu-Kategorien bis hinunter zur jeweiligen Adresse abgebildet und einer dominanten Milieukategorien zugeordnet. Dieser Ansatz wird einerseits für das Direkt-Marketing eingesetzt, andererseits vor allem auch im Immobiliensektor, teilweise auch in der Stadtplanung angewendet (vgl. De Vries & Perry 2003, Appel et al. 2005, Hallenberg & Poddig 2005, Perry 2005, Plöger et al. 2005, Schipperges 2006, Kalka & Allgayer 2007).

5.3. Der Milieuansatz innerhalb von Marketing-Strategien

„Mit den Sinus-Milieus steht der Produktentwicklung, dem Marketing und der Kommunikationsplanung ein Methodenansatz für die Zielgruppenoptimierung zur Verfügung, der auf den Lebenswelten und den Lebensstilen der Verbraucher basiert“ (Kalka & Allgayer 2007a: 13). Der Milieuansatz unterscheidet sich gegenüber der Anwendung der sozioökonomischen und soziodemografischen Items nicht nur hinsichtlich des Gegensatzes aus Ganzheitlichkeit und dem Verrechnen einzelner Merkmalsabschnitte, aus denen Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten von Einstellungen und Verhaltensweisen abgeleitet werden, sondern ein wesentlicher Unterschied besteht auch darin, dass dieser Ansatz in der Marktforschung und nicht in der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung entwickelt wurde. Man hat damit nicht nur auf den sozialen Wandel reagiert (welcher völlig neue soziale Gruppen entstehen ließ, die anscheinend Widersprüchliches nicht nur situativ verbinden können, sondern auch ihre Identität der Individualität darauf aufbauen), sondern hat auch das Marketing modernisiert.

Ging es in der Vergangenheit vor allem darum, den Kunden als Zielgruppe zu begreifen, auf die man möglichst genau zielt, indem Vermarktungspotenziale berechnet und Vertriebskanäle entwickelt sowie über aggressives Marketing Kunden gemanagt werden und deren Kaufkraft abgeschöpft wird („Marktmechanik“), so geht es aktuell eher um eine „lernende Organisation“ der Kundenorientierung, bei der partnerschaftlich und loyal Vertrauen entwickelt und nachhaltige Beziehungen aufgebaut werden, in denen man sich an den Interessen der Kunden orientiert („Beziehungsorientierung“) (vgl. Perry 2005: 12-14).

„Zielgruppengerechte Produktentwicklung und Positionierung, erfolgreiche Markenführung und Kommunikation sind heute nur noch möglich, wenn man von der Lebenswelt und dem Lebensstil der Kunden ausgeht, die man erreichen will“ (Kalka & Allgayer 2007a: 13-14).

5.4. Die Milieustruktur Österreichs

Das Milieumodell in Österreich ist von seiner Grundstruktur her in weiten Teilen identisch mit dem aus Deutschland (im Gegensatz beispielsweise zur Schweiz). „Wertunterschiede finden sich aber dennoch: So sind beispielsweise Erfolg, Status und Sozialprestige in Österreich stärker ausgeprägt. Weniger hoch im Kurs stehen (in Österreich) – beim Vergleich der Traditionellen Milieus – Werte wie Ordnungsliebe und Disziplin“ (Allgayer 2007e: 66). Lediglich im („aussterbenden“) Milieu traditionellen Denkens gibt es Strukturunterschiede: In Österreich gibt es den Typ des Ländlichen Milieus – hier spiegelt sich die kleinteilige Gemeindestruktur Österreichs wider – in Deutschland ergibt sich ein Milieu der DDR-Nostalgiker aufgrund der jüngeren Geschichte der Vereinigung (vgl. Plöger et al. 2005: 14). Hinsichtlich der Mengen der Besetzung der einzelnen Milieus gibt es geringere Abweichungen zwischen Deutschland und Österreich, wobei das österreichische Profil eher ein wenig konservativer und traditioneller ist, was sich insbesondere in der Alltags-Ästhetik manifestiert (beispielsweise in der Rustikalität der Wohnungseinrichtungen). Auch das Thema „Religion“ ist nach Schipperges „in der österreichischen Bürgerlichen Mitte wichtiger als in Deutschland“ (Allgayer 2007e: 67).

Im Anhang werden die Milieus nach verschiedenen Schwerpunkten genauer beschrieben. Da genauere Beschreibungen für die Milieus in Österreich nicht erhältlich sind, wurde sich dort an den Beschreibungen der Milieus in Deutschland orientiert. Da in Deutschland das Ländliche Milieu nicht vorkommt, wird es aus der detaillierten Be-

schreibung im Anhang weggelassen, was vor allem auch deshalb nicht relevant ist, weil dieses Milieu in Baden sehr klein ist und weiter an Bedeutung verlieren wird.

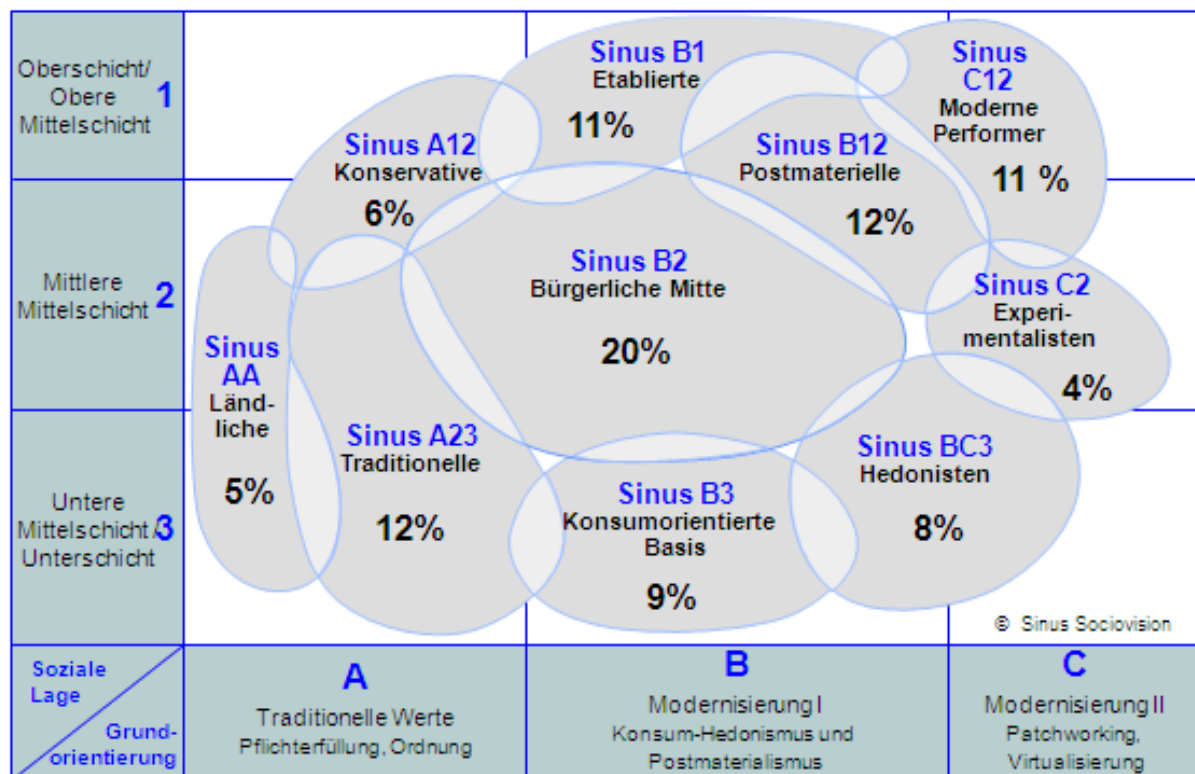


Abbildung 13: SINUS-Milieus Österreich, 2009
Quelle: Sinus Sociovision 2009a.

5.5. Die sozialen Milieus in Baden

Die sozialen Milieus der Stichprobe in Baden zeigen gegenüber dem österreichischen Durchschnitt sehr deutliche Abweichungen, jedoch entsprechend der erwarteten Verteilung für die Stadt:

- hoher Anteil gehobener Milieus (Etablierte 27,4% gegenüber 11%, Moderne Performer 15,2% gegenüber 11%), des konservativen Milieus (9,4% zu 6%) und der Experimentalisten (6,8% gegenüber 4%).
- gegenüber dem österreichischen Durchschnitt waren deutlich unterrepräsentiert: die Konsumorientierte Basis/Arbeiter (1,4% gegenüber 9%), die Bürgerliche Mitte (13,2% gegenüber 20%), das Ländliche Milieu (2,0% gegenüber 5%), das Hedonistische Milieu (5,6% gegenüber 8%), das Traditionelle Milieu (9,6% gegenüber 12%) und das postmaterielle Milieu (10,0% gegenüber 12%).

5.6. Handlungsoptionen

In der Stadt Baden sind mit den Etablierten und den Modernen Performern zwei der drei gesellschaftlichen Leitmilieus überdurchschnittlich häufig vertreten. Die Etablierten (siehe Anhang A01) sind hinsichtlich ihres Wohnens in jedem Fall an einer „guten Adresse“ interessiert. Eine gewisse Zurückhaltung bei der Eigentumsbildung kommt nur dann vor, wenn sie relativ jung sind und noch wenig Eigentum gebildet haben, weil sie beweglich sein wollen/ müssen.

Die Modernen Performer (siehe Anhang A02) arbeiten eher in Berufsfeldern, welche Mobilität in jeder Hinsicht erfordert, daher sind sie flexibel und wollen es bleiben. Ihnen ist eine Eigentumsbildung nicht wichtig. Als ein sehr junges Milieu bevorzugen sie urbane Standorte.

Das weitere wichtige Leitmilieu der Postmateriellen (siehe Anhang A02) ist jedoch unterrepräsentiert – eine Gruppe, welche die Stadt durch eine angemessene Anwerbungspolitik gezielt verstärken sollte. Trotz gewisser Familienorientierung ist bei ihnen eine Eigentumsbildung durch die Befürchtung gekennzeichnet, sich langfristig binden zu müssen, was wiederum eine möglicherweise notwendige resp. erwünschte geografische Mobilität einschränke – das gilt insbesondere für die Jüngeren im Postmateriellen Milieu.

Aus den traditionellen Milieus sind nur die Konservativen (siehe Anhang A04) überrepräsentiert. Damit ist es der Stadt Baden in erfolgreicher Weise gelungen, aus den drei traditionellen Milieus die statushöchste Gruppe zu attrahieren. Auch die Konservativen bevorzugen eine „gute Adresse“ und leben bevorzugt im Eigentum.

Unter den jungen, hedonistischen Milieus ist wiederum die sozial höher gestellte Gruppe der Experimentalisten (siehe Anhang A05) über- und die der unteren sozialen Positionierung der Hedonisten (siehe Anhang A07) unterrepräsentiert. Beide Gruppen gehören aufgrund ihres Alters zu den BewohnerInnen mit der geringsten Bindung an das Wohnquartier und mit dem höchsten Potenzial zum Umzug; auch sie bevorzugen zentrale Standorte.

Die Bürgerliche Mitte (siehe Anhang A06) sollte als größtes und „zentrales“ Milieu ebenfalls beachtet werden, auch wenn sie in Baden „nur“ die drittgrößte Gruppe bilden. Bei ihnen als einem stark sicherheitsorientierten Milieu sind Haus, Heim und Familie der zentrale Lebensinhalt; daher hat das Thema „Wohnen“ eine hohe Bedeutung. Das starke Bedürfnis, den erreichten Status zu zeigen und abzusichern führt zu einem hohen Interesse an Eigentumsbildung; dafür ist man auch bereit, sich hoch zu verschulden. Ein Haus ist für sie kein Spekulationsobjekt, sondern dient als Absicherung des Alters respektive ist zum Vererben gedacht. Ein sozialer Niedergang des Wohnumfeldes ist für dieses Milieu ein wichtiger Grund umzuziehen.

Autor/innen Band A:

Prof. Dr. Jens S. Dangschat (TU Wien, Institut für Stadt- u. Regionalforschung, Siedlungssoziologie u. Demographie)

Mag. Doris Palz (Stadtgemeinde Baden/Palz & Partner KG)

Josef Wallenberger (Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH)